SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die nächste Runde der NATO-Erweiterung: Ziele, Kandidaten, Bedingungen

Schmidt, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schmidt, P. (2001). *Die nächste Runde der NATO-Erweiterung: Ziele, Kandidaten, Bedingungen.* (SWP-Studie, S 31). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-256532

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Peter Schmidt

Die nächste Runde der NATO-Erweiterung:

Ziele, Kandidaten, Bedingungen

S 31
Oktober 2001
Berlin

Nachweis in öffentlich zugänglichen Datenbanken nicht gestattet.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Einleitung 7

Der Entscheidungsrahmen 10
Entscheidungskriterien 10
Die amerikanische Debatte 12

Ziele und Funktionen der erneuten Erweiterung 15
Förderung von Stabilisierung und Demokratisierung 15
Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung 17
Schutz vor Rußland 18
Verstärkung des militärischen
Krisenmanagement-Potentials 19

Realisierungsbedingungen 21
Kontrolle des Prozesses 21
Die Einbindung Rußlands 21
Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit 23

Entscheidungsoptionen 25
Entscheidungsstrategie 25
Vertagung der Entscheidung 25
Verhandlungen plus Flexibilität 25
Konditionierte große Lösung 26
Unkonditionierte große Lösung 26
Wo liegt das verhandlungsstrategische Optimum? 26
Problemregionen 27
Das Baltikum 27
Rumänien und Bulgarien 28

Schluß 30

Anhang I:
Die NATO Erweiterung 2002:
militärische und ökonomische Fakten 32
Die MAP-Staaten 34
Die drei neuen Mitgliedstaaten 36

Anhang II:
Relevante NATO-Dokumente 40
The Washington Declaration 40
Membership Action Plan (MAP) 41

Anhang III:
Aus den Berichten über die Fortschritte
der Beitrittskandidaten, November 2000 46

Abkürzungen 47

Die nächste Runde der NATO-Erweiterung: Ziele, Kandidaten, Bedingungen

Im November 2002 wird die NATO zur Frage der Erweiterung Stellung nehmen müssen. Dabei kann von der Prämisse ausgegangen werden, daß die Allianz mit der Washingtoner Erklärung vom April 1999, dem Membership Action Plan (MAP) für neun zentral- und südosteuropäische Staaten und Erklärungen vor allem von amerikanischer Seite auch nach den Terroranschlägen vom 11. September letztlich auf einen Erweiterungsschritt festgelegt worden ist, Reichweite und Form jedoch noch zu bestimmen sind. Trotzdem ist es notwendig, Ziele und Funktionen, die die Erweiterung der Allianz haben soll, und die Realisierungsbedingungen zu analysieren. Zwar bestimmen diese Faktoren nicht mehr das »Ob« der Erweiterung, haben jedoch Einfluß auf das »Wann« und »Wie«. Zu den angestrebten Zielen und Funktionen der Erweiterung zählen Stabilisierung und Demokratisierung, Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung, die Abgrenzung gegenüber russischen Veto-Versuchen, sowie die Nutzung von Zusatzpotentialen für die Allianz. Zu den Realisierungsbedingungen werden die politische Kontrolle des Prozesses, die Frage der Einbeziehung Rußlands sowie das Problem der Handlungsfähigkeit der NATO gerechnet.

Die Analyse zeigt, daß die Kriterien, die an die Erweiterung angelegt werden, kein eindeutiges Bild ergeben. Es gibt keinen Königsweg der NATO-Erweiterung. Trotz dieser mehrdeutigen Situation läßt sich folgender Entscheidungspfad skizzieren.

Slowenien und die Slowakei sowie mindestens ein baltischer Staat (wahrscheinlich Litauen) sollten auf dem Prager Gipfeltreffen zu Verhandlungen über die NATO-Mitgliedschaft eingeladen werden.

Albanien und Mazedonien wird deutlich gemacht werden müssen, daß derzeit keine Aussichten auf eine Mitgliedschaft bestehen. Begleitende Hilfsmaßnahmen können diese Entscheidung für beide Staaten akzeptabel machen.

Die übrigen Staaten gilt es in differenzierter Weise weiterhin auf die Mitgliedschaft vorzubereiten bzw. ihnen konkrete Verhandlungstermine zu benennen. Zumindest denjenigen baltischen Staaten, die beim Start der nächsten Beitrittsverhandlungen nicht dabei sind, sollte ein konkreter Verhandlungsbeginn in Aussicht gestellt werden.

Innerhalb bestimmter Grenzen muß russischen Interessen im Sinne eines Ausgleichs entgegengekommen werden. Dies ist auch insofern vertretbar, als die russischen Reaktionsmöglichkeiten begrenzt sind und Moskau weiterhin vom ökonomischen Austausch mit dem Westen abhängig bleibt. Es ist denkbar, daß sich die Beziehungen zwischen Rußland und der NATO, zum Beispiel durch eine amerikanisch-russische Kooperation auf dem Gebiet der Raketenabwehr bzw. eine Verknüpfung von Raketenabwehr und nuklearer Abrüstung so entscheidend verbessern, daß die Erweiterung der NATO Rußland akzeptabel erscheint. Eine nachhaltige Veränderung könnte auch aus einer möglichen amerikanisch-russischen Zusammenarbeit in der Terrorismus-Bekämpfung erwachsen. Ein Kandidatenstatus oder gar eine Mitgliedschaft sollte Rußland aber derzeit nicht angeboten werden.

Rumänien und Bulgarien lassen deutliche Schwächen im politischen und wirtschaftlichen Bereich erkennen und haben auch große Probleme beim Umbau ihrer Streitkräfte. Insgesamt dürfte im Falle dieser beiden Staaten eine flexible Vorgehensweise angemessen sein. Es könnte sich um eine politische Offerte handeln, die zwar nicht sofort zur Mitgliedschaft führt, jedoch festlegt, daß das Thema der Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens ausdrücklich auf die Tagesordnung eines der nächsten NATO-Gipfels gesetzt wird. Auch hier sollten Unterstützungsmaßnahmen das vorläufige »Nein« der Allianz begleiten.

Einleitung

Zu den Entscheidungsproblemen, die für die nächste Runde der NATO-Erweiterung aufzuarbeiten sind, gehören die Kriterien, die die Entscheidung darüber (mit-) bestimmen, welche Ziele mit der Erweiterung verfolgt und welche Kandidaten zu welchen Bedingungen berücksichtigt werden sollen. Dies ist notwendig, obwohl die prinzipielle Entscheidung für eine Erweiterung gefallen ist. Denn Ziele und Rahmenbedingungen sollten die Handhabung des gesamten Prozesses bestimmen. Die kritischen Entscheidungspunkte und Handlungsalternativen sollen in einem mehrstufigen Verfahren dargestellt werden. Es dient dem Zweck, die Entscheidungsproblematik genauer zu definieren.

- Zunächst ist der *Entscheidungsrahmen* nach dem jetzigen Stand zu analysieren. Dabei geht es um einen Überblick über die Bedingungen, Vorgehensweisen, Selbstverpflichtungen und vorbereitenden Maßnahmen beim Prozeß der Erweiterung, also um diejenigen Faktoren, die die Mitgliedsländer der Allianz nicht vernachlässigen dürfen, wenn sie politisch glaubwürdig bleiben wollen. Die entscheidenden Elemente dazu stehen in der Studie des Internationalen Stabes der NATO aus dem Jahre 1995, die auf der Erklärung der NATO vom Januar 1994 fußt und in Washington 1999 weiterentwickelt wurde, sowie im sogenannten MAP-Dokument. Ein wesentlicher Aspekt des Entscheidungsrahmens ist ferner der Stand der politischen Debatte, vor allem in den Vereinigten Staaten. Sie haben als Führungsmacht der NATO eine entscheidende Rolle, zumindest im Sinne des Agenda-Settings. Die bestimmende Frage dieses Abschnitts ist: Finden sich in dieser Debatte Hinweise darauf, wie der Rahmen ausgefüllt bzw. interpretiert werden soll?
- Der zentrale Baustein der Analyse ist die Frage, welche *Ziele und Funktionen mit der Erweiterung* der Allianz verfolgt werden bzw. verfolgt werden sollen. Während es sich zunächst darum handelte, eine Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen zu machen, wie sie sich seit der letzten Erweiterungsrunde herausgebildet haben, wird in diesem Teil der Arbeit mit einer perspektivischen Betrachtungsweise begonnen. Sie soll auf die wichtigsten kritischen Punkte und Handlungsalternativen hinführen und Hinweise dafür liefern, nach welchen Kriterien entschieden werden soll: Unter welchen Bedingungen kann die Allianz die Funktion des Stabilitätstransfers erfüllen? Kann sie einen Ausgleich für eine zu langsame Erweiterung der EU bieten? Inwieweit geht es heute noch darum, künftige Mitgliedstaaten vor Rußland zu schützen?
- Politische Entscheidungen werden allerdings nicht durch allgemeine Zielvorstellungen allein bestimmt. Spezifische Bedingungen müssen gleichzeitig erfüllt werden, damit aus der Sicht der Handelnden ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden kann. Im Falle der NATO-Erweiterung handelt es sich um die Absicht der Allianz, den Entscheidungsprozeß möglichst offen zu gestalten, trotz aller Bindung an das Erweiterungsversprechen frei entscheiden zu können. Hinzu kommt der Vorbehalt, daß die geplante Erweiterung den Beziehungen zu Rußland möglichst keinen Schaden zufügen soll. Außerdem besteht das Interesse, die Atlantische Allianz entscheidungs- und handlungsfähig zu halten.[1]
- Schließlich sind die vorhandenen Entscheidungsoptionen zu untersuchen, wobei jeweils auf die in den vorangehenden Kapiteln erarbeiteten Konsequenzen für die Erweiterung Bezug genommen wird.

Den entscheidenden Impuls erhielt der Erweiterungsprozeß auf der NATO-Frühjahrstagung im April 1999 in Washington. Damals erklärten die Mitgliedsländer, daß die Allianz auch nach der Aufnahme von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn eine »Politik der offenen Tür« verfolge. Spezifische Länder oder Regionen wurden nicht

1 Die Berücksichtigung russischer Einwände ist hier unter »Realisierungsbedingungen« aufgeführt. Damit ist natürlich – bewußt – eine gewisse Vorentscheidung gefallen. Würde man die Einbeziehung Rußlands in ein europäisches Sicherheitssystem als ein wesentliches Ziel betrachten, sähe das Ergebnis anders aus.

genannt, allerdings – wohl mit Blick auf das Baltikum – darauf verwiesen, daß keine Region in Europa prinzipiell von dem Erweiterungsprozeß ausgeschlossen sei. Gleichzeitig drängen die seit der Gründung 1999 am Prozeß des *Membership Action Plan* (MAP) beteiligten neun Kandidatenländer – Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Mazedonien –, unterstützt von den im selben Jahr beigetretenen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn,[2] entschieden darauf, Mitglied der Allianz zu werden.[3] Das Thema wird auf der Tagesordnung der Herbsttagung der NATO in Prag im November 2002 stehen. Fazit: Es besteht kaum mehr die Möglichkeit, einer Erweiterung auszuweichen.

Schwierig und politisch brisant ist die erneute Erweiterung vor allem deshalb, weil Präsident Putin die kritische Haltung Moskaus unter Jelzin zur letzten Runde der NATO-Erweiterung fortführt und die innenpolitische Debatte in Rußland den russischen Präsidenten nahelegt, gegen die Allianz vorzugehen, falls sie erneut den Kreis der Mitglieder vergrößert.[4] Kritisch sind für Rußland vor allem die ehemals sowjetischen Republiken im Baltikum. Während es als wahrscheinlich gilt, daß Rußland bereit ist, die Aufnahme anderer Staaten ohne großen Widerstand zu akzeptieren,[5] wird im Falle Estlands, Lettlands und Litauens wie unter Jelzin in Regierungs- und Parlamentskreisen davon gesprochen, daß die NATO an diesem Punkt eine »rote Linie« überschreite. Allerdings hat sich diese Kritik in jüngerer Zeit abgeschwächt. Der russische Präsident Putin nannte die NATO-Erweiterung jüngst ein nachrangiges Problem.[6]

Die Erweiterung der NATO stellt allerdings auch für die Allianz selbst ein Problem dar. Kritische Stimmen verweisen darauf, daß eine schnell und substantiell vergrößerte Allianz rasch handlungsunfähig werden könnte.[7] In einer Allianz mit deutlich vergrößerter Mitgliederzahl wird es sicherlich komplizierter, einen politischen Konsens zu finden. Grundsätzlich kann die Allianz dieses Problem nicht lösen, da ihr die Option von Mehrheitsentscheidungen nicht zur Verfügung steht. Die Möglichkeiten der NATO sind folglich beschränkt. Sie hat deshalb versucht, den Kandidaten bestimmte Bedingungen zu stellen, um deren politische und militärische Gegebenheiten denen der derzeitigen Mitglieder anzupassen und so zu vermeiden, daß unterschiedliche militärische und politische Voraussetzungen die Konsensfindung zusätzlich erschweren.[8] Diese Konditionen werden erwartungsgemäß vor allem dann von Kandidatenländern kritisiert, wenn sie die politisch schwierig umzusetzenden und kostenträchtigen Reformen der Streitkräfte betreffen. Wie vermieden werden kann, daß die nächste Erweiterung die politische Entscheidungs- und die militärische Handlungsfähigkeit des Bündnisses negativ beeinflußt, ist somit eine Frage, die in der anstehenden Entscheidung eine wichtige Rolle spielt.

Das Erweiterungsprojekt wirft darüber hinaus zwei wichtige und eng miteinander verbundene Fragen auf, die für den Fortbestand des euro-atlantischen Sicherheitsverbundes entscheidend sind: Erstens, welche Rolle und Funktion das Bündnis in Zukunft haben wird, und zweitens, ob, auf welche Weise und mit welcher Intensität die Vereinigten Staaten mit der Sicherheitspolitik Europas verknüpft bleiben.[9] Bereits die letzte Erweiterungs-

2 Siehe den Bericht über eine Konferenz der Beitrittskandidaten in Preßburg von Karl-Peter *Schwarz*, Die Hoffnungen der Vilnius-Gruppe. Konferenz der zehn NATO-Kandidaten in Preßburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.5.2001, S. 6.
3 Kroatien nimmt am MAP-Prozeß nicht teil, hat jedoch starkes Interesse an der NATO-Mitgliedschaft geäußert.
4 Siehe Hannes *Adomeit*/Roland *Götz*/Heinz *Timmermann* (Hg.), Ein Jahr Präsidentschaft Putin, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2001 (SWP-S 5/01).
5 Ebd.
6 Siehe den Bericht von einem Gespräch mit Journalisten in der Süddeutschen Zeitung, Putin will Nato-Beitritt Russlands, 27.9.2001.
7 Diese Sorge steht im Mittelpunkt der Ausarbeitung von Karlheinz *Kamp*, Die nächste Runde der NATO-Erweiterung. Kriterien und Optionen, Zukunftsforum Politik, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Juni 2001.
8 Dazu gehören z.B. gemeinsame strategische Konzepte, ähnliche Ausbildungsgänge, Gebrauch der englischen Sprache, interoperable Streitkräfte etc. Sind diese Elemente nicht gegeben, kann dies dazu führen, daß in unterschiedliche Weise auf Krisensituationen reagiert wird.
9 Prämisse dieses Arguments ist das »out-of-area-out-of-business-Argument«, übertragen auf die Erweiterung der Allianz. Anders formuliert: Nachdem die Aufgabe der NATO, die Mitgliedstaaten im Falle eines Angriffs zu verteidigen, von weitaus geringerer Bedeutung ist als zu Zeiten des Kalten Krieges, braucht das Bündnis, um politisch für die Vereinigten Staaten attraktiv zu bleiben, neue Aufgaben. Eine dieser Aufgaben ist regionales Krisenmanagement. Auf diesem Gebiet ist der Allianz jedoch durch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-

runde hat dazu beigetragen, daß das Bündnis über das Ende der Blockkonfrontation hinaus eine zentrale Rolle in Europa spielt und entsprechend den Vereinigten Staaten ihre wichtigste institutionelle Einflußmöglichkeit in Europa gesichert bleibt.

politik (ESVP) ein Konkurrent erwachsen. Eine andere sind die der kooperativen Sicherheitsbeziehungen (Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPC), Partnerschaft für den Frieden (PfP), NATO–Rußland-Rat, NATO–Ukraine-Kommission), die jedoch mehr Tagesgeschäft darstellen, als große Weichenstellungen mit sich bringen. Bleibt die Erweiterung der Allianz, die es den Vereinigten Staaten ermöglicht im Rahmen der NATO an der Seite der EU eine wesentliche Stabilisierungsaufgabe zu erfüllen und gleichzeitig – über die NATO – einen institutionell abgesicherten Einfluß auf die Sicherheitspolitik in Europa zu erhalten.

Der Entscheidungsrahmen

Entscheidungskriterien[10]

Die politischen Grundlagen und der Rahmen für die jetzt anstehende Entscheidung über die erneute Erweiterung der NATO wurden bereits vor Aufnahme der jüngsten Mitglieder Polen, Tschechien und Ungarn auf dem Brüsseler Gipfel vom Januar 1994 geschaffen. Damals wurde unter Hinweis auf Artikel 10 des NATO-Vertrags[11] die Mitgliedschaft »anderen europäischen Staaten angeboten«, »die in der Lage sind, die Grundlagen des Washingtoner Vertrages zu unterstützen und zur Sicherheit in der Nordatlantischen Region beizutragen«.

Die damals und später formulierten Bedingungen sind das Ergebnis eines politischen Kompromisses, der zwar einerseits eindeutig den Weg für einen Erweiterungsschritt frei macht, andererseits den Bedenken und Einwänden von Bündnispartnern gegenüber erneuter Erweiterung dadurch Rechnung trägt, daß Bedingungen genannt und Vorbehalte formuliert worden, um die Allianz nicht einseitig festzulegen.

Die genannten Bedingungen dürfen deshalb in dreierlei Hinsicht nicht als unveränderbare Festlegungen interpretiert werden:

- Die Allianz hat sich eine Hintertür selbst dann offengehalten, wenn ein Land *alle* Bedingungen erfüllt. Sie will unter Hinweis auf Artikel 10 nur von Fall zu Fall und unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen entscheiden, ob ein Land aufgenommen wird oder nicht. Dies kann in Extremfällen beides einschließen: Ein Land könnte aufgenommen werden, das die Bedingungen nicht erfüllt; man könnte aber auch einem Staat die Mitgliedschaft verweigern, obwohl er die genannten formellen Voraussetzungen erfüllt.
- Die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft sind implizit hierarchisch geordnet. Politisch-strategische Überlegungen können sich für die genannten konkreten Bedingungen für die Mitgliedschaft selbst dann als bestimmend erweisen, wenn ein Kandidat einzelne wichtige Voraussetzungen nicht erfüllt. Dies drückt sich darin aus, daß – wie es im MAP-Dokument heißt – das Programm nicht als eine Kriterienliste für die Mitgliedschaft verstanden werden darf.[12]
- Die konkreten Bedingungen werden auf die Voraussetzungen eines jeden einzelnen Kandidaten zugeschnitten. Dies verschafft der NATO genügend Spielraum, um einem Kandidaten den Beitritt schwer oder leicht zu machen.

Nach der prinzipiellen Entscheidung in der Beitrittsfrage wurden die Bedingungen in der Folgezeit mehrfach konkretisiert. So heißt es in der Erklärung, die bei der Verabschiedung des *Membership Action Plan* abgegeben wurde, daß die Kandidaten nicht nur zur kollektiven Verteidigung des Bündnisses, sondern auch zu den neuen Allianzaufgaben einen Beitrag leisten müßten.[13] Entsprechend führt der im April 1999 verabschiedete MAP nicht nur politische und ökonomische »Erwartungen« an die potentiellen Mitglieder auf, sondern benennt auch wichtige militärische Voraussetzungen für die Mitgliedschaft. Eingeschlossen ist die Bereitschaft, auch ausreichende finanzielle Mittel für die gemeinsame Aufgabe bereitzustellen.[14]

10 Unter Kriterium wird hier nicht eine (absolute) Vorbedingung verstanden, sondern ein »Prüfstein«, der bei der Entscheidung berücksichtigt wird, jedoch keine absolute Bedeutung hat.

11 Artikel 10 des Nordatlantikvertrages lautet: »Die Parteien können durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen. Jeder auf diese Weise eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied dieses Vertrages werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten unterrichtet jede der Parteien von der Hinterlegung einer solchen Beitrittsurkunde.«

12 *Membership Action Plan*, Punkt 3, letzter Satz (Press Release NAC-S(99)66, 24 April 1999 (s. Anhang II, S. 41ff).

13 Auch wenn diese Formel auf die Erweiterungsstudie des Internationalen Stabes der NATO zurückgeht ist erkennbar, daß die militärischen Bedingungen für die Mitgliedschaft stärker betont wurden.

14 Siehe *Membership Action Plan* im Anhang II, S. 41ff.

Über diese Erklärungen hinaus hatte bereits zuvor die Studie des Internationalen Stabes der NATO zur Thematik der Erweiterung vom September 1995 Bedingungen und Voraussetzungen für den Beitritt detailliert untersucht und wesentlich dazu beigetragen, die Rahmenbedingungen für den Prozeß der Erweiterung zu spezifizieren. Erkennbar ist, daß die Politik der »offenen Tür« mit einem Paket an Bedingungen verknüpft wurde, das den Anliegen der Kritiker einer weiteren Ausdehnung der Allianz Rechnung tragen soll. In einer gewissen Analogie zum *acquis* der EU hat die Allianz in den letzten Jahren einen Katalog von insgesamt 1200 Vereinbarungen und Festlegungen geltend gemacht, der in seiner Gesamtheit als Voraussetzung für die Mitgliedschaft verstanden werden soll.

Zu diesen Festlegungen der NATO zählen nach der Erweiterungsstudie des Internationalen Stabes folgende grundsätzliche Elemente:[15]

- die Grundprinzipien des Washingtoner Vertrages, das heißt Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit;
- die NATO als eine Gemeinschaft von gleichgesinnten Staaten, die sich zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung sowie zum Erhalt von Sicherheit und Stabilität zusammengetan haben;
- die Teilnahme aller am Konsultations- und Entscheidungsprozeß der Allianz;
- die Akzeptanz der Grundlagendokumente der NATO, die die Basis der derzeitigen Politik der Allianz darstellen.

Gesondert wird auf einige spezifische Elemente hingewiesen, welche die Kandidaten bereits vor dem Beitritt erfüllen sollten:

- die Einhaltung der OSZE-Normen und -Prinzipien, insbesondere die friedliche vorherige Beilegung ethnischer Konflikte;
- die Verpflichtung, für ökonomische, soziale und umweltpolitische Stabilität zu sorgen; sowie
- die Unterstellung der Streitkräfte unter zivile Kontrolle.

Als militärische Voraussetzungen werden insbesondere die Fähigkeiten hervorgehoben, die es den neuen Mitgliedern erlauben sollen, mit der Allianz militärisch effektiv zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne wird betont, daß die Kandidaten Anstrengungen in den Bereichen Standardisierung und Interoperabilität unternehmen müssen[16] und sich aktiv an den Vorhaben des Programms *Partnerschaft für den Frieden* beteiligen sollen.

Wichtig ist darüber hinaus, daß die Allianz den Prozeß der Erweiterung nicht als eine isolierte Maßnahme sieht, sondern ihn in die Politik der anderen Sicherheitsinstitutionen eingeordnet wissen will. Insbesondere werden die Erweiterungsprozesse von EU und NATO nicht in Konkurrenz zueinander gesehen, sondern als komplementär betrachtet. Allerdings wird deutlich gemacht, daß beide politische Entscheidungen nach je eigenen Verfahren und mit eigenen Kriterien getroffen werden müssen.

Insgesamt weisen die Kriterien der NATO für die Erweiterung große Überlappungen mit den EU-Bedingungen auf. Die Staats- und Regierungschefs der EU kamen im Juni 1993 in Kopenhagen überein, daß ein Beitrittskandidat folgende Voraussetzungen erfüllen muß:

- Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten;
- eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten;
- Übernahme der aus der Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Befolgung der Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion.[17]

Die *Rahmenbedingungen*, die sich die NATO gesetzt hat, lassen sich – auch wieder in einer gewissen Analogie zur EU – wie folgt zusammenfassen:

- Die Allianz hat sich grundsätzlich auf ihre Erweiterung verpflichtet, jedoch Form und vor allem Reichweite offen gelassen.

15 Das MAP-Dokument macht die »relevanten Bedingungen« der Studie des Internationalen Stabes ausdrücklich zu einer Voraussetzung für die eventuelle Mitgliedschaft.

16 Dazu sind vor allem zu zählen: gemeinsame Doktrinen und Prozeduren, Kommando, Kontrolle und Kommunikation (C3), sowie die Austauschbarkeit von Munition und sonstigem Material.

17 Siehe die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats vom 21. und 22. Juni 1993 (Europa-Archiv, [1993] 13/14, S. D263 und D264). Der Europäische Rat von Madrid 1995 präzisierte die Beitrittskriterien und betonte, daß das Gemeinschaftsrecht, der sogenannte Besitzstand, nicht nur in einzelstaatliches Recht übernommen werden muß, sondern daß bei der Beitrittsvorbereitung auch seine wirksame Anwendung durch geeignete Strukturen in Verwaltung und Justiz sicherzustellen ist.

- Sie will diesen Prozeß kontrollieren, das heißt, es gibt keinen Automatismus der Erweiterung, vielmehr soll von Fall zu Fall im Lichte der konkreten politischen Situation entschieden werden.
- Die NATO stellt Bedingungen, von denen die politischen sicherlich für alle gelten, die militärischen jedoch individuell zugeschnitten sind. Dementsprechend können allgemeingültige militärische Bedingungen nicht formuliert werden.
- Die Allianz versteht ihren Erweiterungsprozeß nicht als isoliertes Ereignis, sondern ordnet ihn in eine umfassende Stabilisierungspolitik für Europa ein, vor allem komplementär zur EU.

Überdies gilt es festzuhalten, daß die Allianz es sich – trotz aller Vorbehalte und Bedingungen – letztlich nicht leisten kann, die großen Erwartungen der Beitrittsländer ohne einen entscheidenden Verlust an Glaubwürdigkeit, auch über den Kreis der Kandidaten hinaus, zu enttäuschen.

Die amerikanische Debatte

Über die gemeinsam von den Mitgliedern der Allianz getragenen Entscheidungen hinaus gibt es spezifische nationale Faktoren, die bei der nächsten Runde der Erweiterung den Rahmen mitbestimmen werden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die amerikanische Debatte.[18] Amerika war nicht nur bei der letzten Erweiterungsrunde – zusammen mit Deutschland – die entscheidende Kraft, sondern wird auch den weiteren Verlauf dieser Entwicklung entscheidend beeinflussen.

Der amerikanische Senat hat aufgrund seiner besonderen Stellung im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der USA einige Bedingungen in Form vor allem von Informations- und Berichtspflichten des Präsidenten festgelegt,[19] die auf die amerikanische Entscheidung – und damit die der Allianz insgesamt – einwirken werden. Allerdings kam Präsident Clinton den vom Senat im Mai 1998 geforderten Berichtspflichten nicht nach,[20] was die Bedeutung dieses Katalogs relativiert hat. Der neue Präsident kann sich dies mit Blick auf die im Senat anstehende Ratifizierungsdebatte bei der Aufnahme neuer Mitglieder sicherlich nicht leisten.[21] Die

18 In *Deutschland* hat sich die Regierung bisher in dieser Frage zurückgehalten. Klare Bekundungen gibt es allein von parlamentarischer Seite. Kontrovers ist die Frage, ob baltische Staaten einbezogen werden sollen oder nicht. Während sich Stimmen der CDU um Volker Rühe gegen ihre Aufnahme ausgesprochen haben (siehe »Leitsätze für eine deutsche und europäische Außen- und Sicherheitspolitik« vom 15. Januar 2001), sprach sich der Vorsitzende des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages, Friedbert Pflüger, ebenso für die Aufnahme baltischer Staaten aus wie Stimmen aus der CSU (siehe: Wer soll demnächst der Nato beitreten dürfen? CSU widerspricht der CDU/Warten auf ein klärendes Wort aus den Vereinigten Staaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.3.2001, S. 6). Die SPD-Abgeordneten Markus Meckel und Peter Zumkley machten sich in einem Bericht für die parlamentarischen Versammlung der NATO dafür stark, die baltischen Staaten in die NATO aufzunehmen (siehe: NATO Erweiterung – die nächste Runde im Jahr 2002. Ein Diskussionsbeitrag von Markus Meckel, MdB-Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PV) und Peter Zumkley, MdB – Vorsitzender des Unterausschusses Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitskooperation der NATO PV, März 2001); http://www. bundestag.de/mdbhome/ZumklPe0/ position.htm). Jüngst hat sich allerdings der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Hans-Ulrich Klose, dahingehend geäußert, daß man eine Mitgliedschaft Rußlands nicht mehr länger als absurd bezeichnen könne (siehe den Bericht im Tagesspiegel vom 27.9.2001, S. 7). In *Großbritannien* hat es bisher kaum eine Debatte über die NATO-Erweiterung gegeben. Insgesamt wird der Erweiterungsprozeß jedoch skeptisch beurteilt. Dies wird allerdings durch die Ansicht relativiert, daß die Initiative in dieser Frage von Amerika ausgehen muß. Da sich Amerika zunehmend für die Erweiterung engagiert, dürfte aus Großbritannien kein wesentlicher Widerstand kommen. Französische Stimmen sind ebenso kaum zu vernehmen. Es ist zu erwarten, daß die französische Regierung in der heißen Phase des Entscheidungsprozesses wie bei der letzten Erweiterungsrunde Rumänien und Bulgarien favorisieren und die Mitgliedschaft baltischer Staaten skeptisch betrachten wird. Einen knappen Überblick über die verschiedenen Positionen gibt Lothar *Rühl*, Pragmatische Osterweiterung der Nato? Interessendivergenzen zwischen den wichtigsten Hauptverbündeten, in: Neue Zürcher Zeitung, 4.9.2001, S. 6.

19 Siehe Congressional Record – Senate, May 4, 1998, S. S4217–S4220 (insbesondere S428–S429).

20 Siehe Thomas *Neve*, US Senate's NATO Mandates Spurned by White House, Update, Basic – European Security, 8 March 1999 (http://www.basicint.org/ natosum3-2.htm).

21 Zur Ratifikation eines Vertrages zur Erweiterung der Allianz bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im US-Senat, also 66 Stimmen von 100. 1998 stimmten 19 Senatoren gegen die neuen Kandidaten, 16 weitere Gegenstimmen hätten den Vertrag scheitern lassen.

Bedingungen des US-Senats geben in jedem Falle deutliche Hinweise darauf, welche Kriterien der Senat für die Ratifizierung eines Erweiterungsvertrages heranziehen wird.

Laut Senatsentschließung soll der US-Präsident vor dem Beginn neuer Beitrittsverhandlungen den einschlägigen Ausschüssen detaillierte Berichte liefern, die

- darlegen, inwieweit die künftigen neuen Mitglieder die Prinzipien und Kriterien der NATO und der Vereinigten Staaten erfüllen, einschließlich der militärischen Effektivität (readiness);
- die Frage beantworten, auf welche Weise die neuen Mitgliedschaften die Sicherheitsinteressen der USA beeinflussen;
- eine aktualisierte Analyse der gemeinschaftlich finanzierten Kosten der Erweiterung und der den NATO-Staaten dadurch entstehenden Kosten enthalten; und
- eine erste Analyse der Konsequenzen einbeziehen, die durch die Erweiterung für den Verteidigungshaushalt (und andere Haushalte) der Vereinigten Staaten eintreten.

Noch bevor der Präsident das Beitrittsprotokoll unterzeichnet, soll er außerdem Informationen darüber liefern, inwieweit die Beitrittskandidaten die vollen Kosten der Mitgliedschaft tragen können und welche Auswirkungen der Beitritt auf die militärische Effektivität der Allianz hat.[22]

Inzwischen ist die Debatte in den Vereinigten Staaten über die Frage der Erweiterung sowohl innerhalb von Administration und Kongreß als auch in der informierten Öffentlichkeit voll im Gange. Der Erweiterung der NATO stehen die meisten Teilnehmer dieser Debatte im großen und ganzen positiv gegenüber. Das moralische Argument, daß im baltischen Raum die Gefahr besteht, die Linie des Molotov-Ribbentrop-Paktes zu akzeptieren, spielt ebenso eine Rolle, wie die Einschätzung, daß die baltischen Staaten bezüglich Demokratie, Menschenrechten und Wirtschaft große Fortschritte gemacht haben. Dementsprechend wird erwartet, daß der Präsident in dieser Hinsicht eine aktive Politik verfolgt. Ungeachtet der bei der letzten Erweiterungsrunde noch deutlich sichtbaren militärischen Erwägungen dominieren nun eher politische Aspekte die Debatte.[23] Politisch bedeutet in diesem Zusammenhang zweierlei:

- Die Erweiterung ist ein Instrument, das dem amerikanischen Einfluß auf die Sicherheitspolitik in Europa als Ganzem neue Möglichkeiten bietet, da die meisten Kandidatenländer ein besonderes Vertrauensverhältnis zu den Vereinigten Staaten haben.
- Würde sich die NATO nicht erweitern, müßten die Sicherheitsinteressen dieser kleinen Staaten den Interessen des großen Nachbarn untergeordnet werden. Das wäre nicht nur ein Verstoß gegen das Recht der Staaten, ihre Bündnisse frei zu wählen, sondern auch ein erster Schritt, Europa wieder in Einflußzonen einzuteilen.[24]

Es gibt zwar bisher keinen deutlich erkennbaren Konsens darüber, einen oder alle baltischen Staaten aufzunehmen. Insgesamt kann man jedoch beobachten, daß das baltische Thema prominent auf der Tagesordnung steht und das Lager der Befürworter ansehnlich ist.[25] Slowenien und die Slowakei werden als sichere Kandidaten gehandelt. Beide Staaten erfüllen – auch wenn es im Falle der Slowakei gewisse politische Risiken gibt[26] – die politischen Bedingungen und sind auch hinsichtlich der militärischen Integration deutlich vorangekommen. Die Mitgliedsschaft Sloweniens bringt darüber hinaus mit Blick auf das NATO-Engagement auf dem Balkan Vorteile, während die politischen Kosten der Mitgliedschaft gering sind. Ein Vorteil der Slowakei ist, das sie relativ moderne Streitkräfte in die Allianz einbringen kann.[27]

22 Schon bei der letzten Runde der Erweiterung der Allianz hat der US-Senat die Kostenfrage in den Vordergrund gestellt.

23 Vgl. Robert *Dalsjö*, The US and Baltic NATO Enlargement. Prepared Intervention for the Panel on Baltic Defence and Security, 4th Suamenlinn Seminar, Helsinki, June 6, 2001.

24 So vor allem Ronald D. *Assmus*, The State of the North Atlantic Alliance, Subcommittee on European Affairs, Senate Foreign Relations Committee, February 27, 2001, und Wesley K. *Clark*, Facing the Challenges Ahead, Testimony, Senate Foreign Relations Committee, 27 February 2001.

25 Ebd.

26 Siehe Kai-Olaf *Lang*, Stolpersteine auf dem slowakischen Weg nach Brüssel? Innenpolitische Unwägbarkeiten der slowakischen Integrationsbemühungen, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2001 (SWP-Aktuell 4/01).

27 Vgl. auch Thomas S. Szayna, NATO Enlargement, 2000–2015. Determants and Implications for Defense Planning and Shaping, Santa Monica, CA: RAND Corporation, 2001 (MR-1243-AF), S. 100–103.

Nachdem Slowenien und die Slowakei allgemein als sichere Kandidaten angesehen werden, wird die Aufnahme beider Staaten als Minimallösung für die proklamierte Politik der »offenen Tür« betrachtet. Wenn der Präsident allerdings seiner Politik einen dynamischen Anstrich geben will, wird er darüber hinausgehen und zumindest den Beitritt eines baltischen Staates befürworten müssen. Die extreme Lösung, das heißt die Aufnahme vieler oder gar aller Beitrittskandidaten, wird zwar auch diskutiert, stößt jedoch mit Sicherheit auf starken Widerstand. Dies ist der Fall, weil einige Bewerber, wie etwa Mazedonien und Albanien, schwerlich als Länder bezeichnet werden können, die die Prüfkriterien der NATO auch nur annähernd erfüllen bzw. mit einer angemessenen Aussicht auf Erfolg erreichen können.

Die Administration hat sich bisher noch nicht entschieden und laboriert letztlich mit Hilfe der Formeln des Washingtoner NATO-Gipfels von 1999. Die Art und Weise, wie sich der Präsident und andere entscheidende Akteure der Administration in jüngerer Zeit geäußert haben, läßt allerdings erwarten, daß die USA über die Minimallösung hinausgehen und zumindest einen baltischen Staat zum Angehörigen des Bündnisses machen wollen. Dies würde zwei Funktionen erfüllen: Der Präsident würde nicht nur Führungsstärke bei einer diffizilen Entscheidung zeigen, sondern auch der rußlandkritischen Klientel in Washington deutlich machen, daß Rußland in NATO-Fragen kein Vetorecht hat. Inwieweit sich diese Einschätzung durch die jüngsten Terroranschläge in den USA verändert, ist schwierig zu bestimmen. Falls die USA und Rußland bei der Terrorismusbekämpfung zusammenarbeiten, ist allerdings nicht zu vermuten, daß das Interesse an der NATO-Erweiterung in den USA verschwindet. Allerdings dürfte das Thema auf der politischen Agenda nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zuvor haben.

Daß die Vereinigten Staaten die Erweiterung zugunsten einer engen Kooperation mit Rußland in dieser Frage opfern, wie teilweise im Baltikum befürchtet wird, ist unwahrscheinlich, da keine Verknüpfung zwischen den Themen besteht und der Prozeß schon zu weit fortgeschritten ist.[28] Eher ist zu vermuten, daß die amerikanische Kritik an der russischen Tschetschenien-Politik nachläßt.[29]

28 Entsprechend hat Außenminister Powell in einem Schreiben vom 24. September an den litauischen Außenminister betont, daß sich durch die terroristischen Anschläge an der Absicht der USA, die NATO zu erweitern, nichts geändert habe (siehe Defense News vom 26.9.2001 unter der Überschrift: »U.S. Reassures Nato Aspirants on Enlargement«).

29 Siehe Hannes *Adomeit*, Putin und die Raketenabwehr. Moskaus Haltung zu NMD im Kontext der russisch-amerikanischen Beziehungen, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2001.

Ziele und Funktionen der erneuten Erweiterung

Es genügt nicht, festzustellen, daß die NATO sich in einem Prozeß der Selbstbindung auf eine erneute Erweiterungsrunde festgelegt hat und sich deshalb – nolens volens – in der einen oder anderen Form erweitern muß. Der Prozeß der Erweiterung muß an den Zielen und Funktionen gemessen werden, die ihr zugewiesen werden können. Und dies gerade darum, weil der gegenwärtige Entscheidungsstand einen »Reflex politischer Kompromisse«[30] darstellt und nur zum Teil das Ergebnis systematischer Überlegungen über Ziele und Funktionen einer erneuten Erweiterungsrunde ist. Auch wenn derartige Überlegungen das »Ob« wohl nicht mehr entscheidend beeinflussen können, sollten sie Form und Reichweite der anstehenden Erweiterung bestimmen.

Die Zielvorstellungen, die den Erweiterungsprozeß vorantreiben, sind in der Allianz nicht einheitlich. Analysiert man die Debatten zum Thema, so lassen sich jedoch – vereinfacht gesagt – folgende Funktionen unterscheiden: Politische und ökonomische Stabilisierung der Beitrittskandidaten, Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung, Einhegung der Russischen Föderation sowie Stärkung der Allianz durch Verbreiterung ihrer politischen und militärischen Basis.

Förderung von Stabilisierung und Demokratisierung[31]

Ein wesentlicher Teil der NATO-Entwicklung seit 1990 zielte darauf, mit den mittel- und osteuropäischen Staaten ein Netz kooperativer Sicherheitsbeziehungen zu entwickeln, das dazu beitragen sollte, diesen Raum politisch und wirtschaftlich zu stabilisieren.

Stabilisierung und Demokratisierung lassen sich gemäß der Kopenhagener Beschlüsse des Europäischen Rates zunächst im politischen Sinne als »institutionelle Stabilität, als Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten« verstehen. Wirtschaftliche Stabilität bedeutet eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck der Marktkräfte in der Weltwirtschaft ausreichend standhalten zu können.

Elemente dieser Politik waren und sind auch der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR), das Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP) sowie die spezifischen Beziehungen der Allianz zu Rußland und der Ukraine im Rahmen der NATO–Ukraine-Kommission sowie der NATO–Rußland-Grundakte. Insgesamt sind im Rahmen des EAPR die Beziehungen der 19 NATO-Staaten zu 27 anderen Staaten in Europa erfaßt.[32]

Neun dieser Staaten haben die Mitgliedschaft in der Allianz beantragt und nehmen am MAP teil. Das Vorhaben ist mehr als eine kooperative Sicherheitsbeziehung. Es handelt sich um ein konkretes Programm, das die Bewerber auf eine Mitgliedschaft vorbereiten soll.[33] Damit werden sie bei der

30 Siehe Fouzieh Melanie *Alamir*, Der Membership Action Plan – ein Schritt zur weiteren NATO-Öffnung?, in: Österreichische militärische Zeitschrift, 38 (Januar/Februar 2000) 1, S. 69–75 (74).

31 Dan *Reiter*, Why NATO Enlargement Does Not Spread Democracy, in: International Security, 25 (Frühjahr 2001) 4, S. 41–67, argumentiert, daß die NATO-Erweiterung in den bisherigen Fällen keine Auswirkungen auf die Demokratieentwicklung hatte.

32 Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Irland, Kasachstan, Kirgisien, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Republik Moldau, Österreich, Rumänien, Rußland, Slowakei, Slowenien, Schweden, Schweiz, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrußland.

33 Dies wird deutlich, wenn man MAP mit PfP vergleicht: Im Unterschied zu PfP erhalten bei MAP die Aspiranten jährlich eine Rückmeldung, in der die nationalen Programme zum Erlangen der Beitrittsfähigkeit evaluiert werden. Die Teilnahme am Planning and Review Process ist bei PfP freiwillig, für die MAP-Staaten hingegen Pflicht. Während bei PFP nur Partnerschaftsziele entwickelt werden, die sich auf die von den PfP-Staaten für das Programm zur Verfügung gestellten Streitkräfte beziehen, werden im Rahmen des MAP konkrete Planziele festgelegt, die auf jede Komponente der Streitkräftestruktur angewendet werden können: PfP sieht nur Übungen, die

Politik der Stabilisierung und Demokratisierung der NATO besonders herausgestellt und privilegiert. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft soll somit als Hebel für die notwendigen militärischen, aber auch für die politischen (und ökonomischen) Reformen dienen.[34] Solange die Staaten den politischen Willen haben, der Allianz beizutreten, ist dies – so die Annahme – ein Mechanismus, ihre Bereitschaft zur Durchführung der notwendigen Neuerungen zu stärken. Die Bündniserweiterung kann natürlich nicht isoliert betrachtet werden. Die NATO hat deshalb immer betont, daß NATO- und EU-Erweiterung komplementäre Prozesse sind.

Will man überprüfen, inwieweit der Erweiterungsprozeß tatsächlich zur Stabilisierung der Region beiträgt, ist zunächst eine Standortbestimmung der Allianz vorzunehmen. Ausgangspunkt muß sein, daß die NATO keine bloße Militärorganisation ist.[35] Dies widerspräche nicht nur Artikel 2 des Nordatlantikvertrages von 1949,[36] sondern auch der aktuellen Aufgabenzuweisung durch die NATO selbst, bzw. der Perspektive ihrer Erweiterung. Dieser Grundsachverhalt wird schon durch die Vorbedingungen verdeutlicht, die die NATO den Kandidatenländern für eine Aufnahme stellt. Sie sind nicht nur militärischer, sondern auch dezidiert politischer Natur: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Regelungen internationaler Streitfragen einschließlich ethnischer Konflikte mit friedlichen Mitteln, Respektierung der Menschenrechte und Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen sowie zivile Kontrolle der Streitkräfte.[37]

Zieht man die Erfahrungen der letzten Runde heran, fällt es allerdings nicht leicht, nachzuweisen, daß die NATO-Erweiterung tatsächlich zur Stabilisierung und Demokratisierung der betroffenen Länder beigetragen hat bzw. beiträgt.

Nimmt man die nur einen Teil der Kriterien abdeckenden ausländischen Direktinvestitionen als Stabilitätsindikator, so ist nicht klar, ob der Beitritt der drei jüngsten NATO-Mitglieder die Bereitschaft ausländischer Firmen gefördert hat, in diesen Ländern zu investieren. Die kumulierten ausländischen Direktinvestitionen zeigen, daß der Beitritt zur NATO keinen außerordentlichen wirtschaftlichen Aufschwung nach sich gezogen hat.[38] Die Schwierigkeit, diese Entwicklung zu interpretieren, liegt unter anderem darin, daß der Prozeß der NATO-Erweiterung gleichzeitig mit den Bemühungen um eine Erweiterung der EU abläuft und diese Länder sich nicht nur wegen des Beitritts zur NATO (oder umgekehrt nur zur EU) um politische und ökonomische Entwicklung und Demokratisierung bemühen, sondern aus wohlverstandenem Eigeninteresse.

Kritiker der NATO folgern daraus, daß die eigentlichen Stabilitätsprobleme in den Kandidatenländern mit einer NATO-Mitgliedschaft nicht bewältigt werden können. Der NATO-Beitritt sei ein Beitritt zu einer Militärallianz, während die eigentlichen Probleme dieser Länder im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich lägen.[39] Auch

nicht mit Artikel 5 des NATO-Vertrages kollidieren, während die MAP-Staaten die Möglichkeit haben, an NATO-Übungen in ausgewählten Phasen teilzunehmen – falls der NATO-Rat es beschließt (zusammenfassend *Alamir*, Der Membership Action Plan, S. 73).

34 Mit den Worten des ehemaligen amerikanischen NATO-Botschafters Alexander Vershbow: »I think most everyone here will agree that the prospect of NATO membership has been an extraordinarily effective incentive for former Warsaw Pact nations to endure the pain of political, economic and defense reform – and thus a powerful engine for encouraging construction of a Europe whole, free and secure« (The Transatlantic Relationship at the Crossroads? Meeting NATO's Five Challenges, Speech at the Netherlands Institute of International Relations – Clingendael, March 23, 2001; www.allied.be/usa/ambassador/s20010323a.htm).

35 Vgl. statt vieler Heinz *Kluss*, Nicht bloß eine Militärallianz – Bemerkungen zu Mißverständnissen die NATO und ihre Öffnung betreffend, in: Paul *Klein*/Rolf P. *Zimmermann* (Hg.), Aspekte der Osterweiterung der NATO, Baden-Baden 1999, S. 11–21.

36 Artikel 2 des Nordatlantikvertrages lautet: »Die Parteien werden zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Sie werden bestrebt sein, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien zu fördern.«

37 Allerdings kann man mit einer gewissen Berechtigung einwenden, daß die NATO selbst in jüngster Zeit bezüglich eines ihrer Mitglieder, der Türkei, in dieser Frage recht »großzügig« verfährt. Die EU hat mit dem Argument, die Türkei erfülle gerade *nicht* die politischen Bedingungen der Mitgliedschaft, die Beitrittsverhandlungen mit Ankara auf die lange Bank geschoben.

38 Siehe Tabellen 5–7 (Anhang I, S. 36–38).

39 Vgl. z.B. Jacques *Beltran*, Sécurité européenne et

wird bezweifelt, ob ein Beitritt zur NATO die demokratische Entwicklung tatsächlich fördert, da die Erfahrung zeige, daß diese weitgehend unabhängig von der Frage der NATO-Mitgliedschaft verlaufe, sozusagen autochthon.[40]

Diese Kritik vernachlässigt, daß es bei der Erweiterung weniger auf den eigentlichen Beitritt ankommt als auf den Prozeß, der zur Mitgliedschaft führt. Bevor Länder beitreten können, müssen sie eben eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die nicht nur militärischer, sondern explizit politischer und ökonomischer Natur sind. In ihren Berichten reagieren die Kandidaten daher auch direkt auf die politischen und ökonomischen Aspekte des NATO-Katalogs.[41] Ebenso dürften Wirtschaftsunternehmen den NATO-Beitritt in ihren Dispositionen schon vor der eigentlichen Entscheidung berücksichtigen. Noch wichtiger ist das Kriterium der wirksamen politischen Kontrolle über die Streitkräfte. Es ist ein wesentliches Element jeder Demokratie, zu dessen Förderung die NATO in besonderer Weise geeignet ist.

Es ist somit durchaus plausibel, daß die Aussicht auf Mitgliedschaft in der NATO als wichtiger Hebel zu betrachten ist, mit dem die Situation in diesen Ländern beeinflußt werden kann. Zwei Voraussetzungen sollten jedoch beachtet werden:

- Genaugenommen stellt nicht die Mitgliedschaft, sondern die Aussicht darauf den entscheidenden Mechanismus dar, der die erforderlichen Reformen forcieren kann. Insofern gibt die Allianz mit Vollzug des Beitritts eigentlich ein wichtiges Mittel zur Einflußnahme aus der Hand.
- Die Allianz benötigt in den betroffenen Regierungen politische Ansprechpartner, die ein Eigeninteresse an Demokratisierung und Stabilisierung haben und in der NATO-Mitgliedschaft ein entscheidendes Mittel sehen, um ihre nationalen politischen Interessen zu fördern.

Aus der hier skizzierten Perspektive ergibt sich für den Erweiterungsprozeß folgendes:

- Unter dem Gesichtspunkt von Stabilisierung und Demokratisierung sollten die Kriterien für den Beitritt ernst genommen, das heißt, es dürfte keine schnelle Erweiterung angestrebt werden, da durch den Beitritt die westlichen Einflußmöglichkeiten letztlich geringer werden. Eine derartige Politik stellt einen schwierigen Balanceakt dar, weil im Verhandlungsprozeß die Aussicht auf Mitgliedschaft glaubwürdig vorhanden bleiben muß, damit der Prozeß im Fluß bleibt. Entsprechend müßte er vorsichtig und schrittweise vorangetrieben werden.
- Sicherlich dürfen die Staatshaushalte der wirtschaftlich ohnehin schwachen beitrittswilligen Länder nicht durch forcierte Verteidigungsbelastungen überfordert werden. Deshalb wäre es falsch, den teilweise geringen Anteil der Verteidigungsausgaben an der gesamtwirtschaftlichen Leistung deutlich zu kritisieren. Im politischen Beratungsprozeß muß nach Wegen gesucht werden, den nötigen Umbau der Streitkräfte kostengünstig voranzutreiben.

Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung

Was die Frage der Komplementarität angeht, gibt es eine gewisse Schieflage zwischen den Interessen der EU-Kandidaten und den Diskussionen in den Mitgliedsländern der EU. Während in der EU darüber debattiert wird, ob die Erweiterung nicht derjenigen der NATO vorangehen oder die Vergrößerung der EU gar die NATO-Erweiterung ersetzen sollte, treten die Kandidaten entschieden dafür ein, möglichst bald und gleichzeitig in beiden Organisationen Mitglied zu werden.

sécurité des Etats baltes: les vertus de l'ambiguïtés stratégique, in: Politique Etrangère, (2000) 1, S. 33–48. Beltran betrachtet gerade die »strategische Ambiguität«, die die baltische Staaten entschieden ablehnen, als positives Element ihrer Sicherheit.

40 Dan Reiter argumentiert zu Recht, daß es für die NATO schwierig ist, ein Mitglied wegen einer demokratiefeindlichen Politik auszuschließen, wenn eine Bedrohung der Allianz insgesamt vorliegt. Gibt es keine Bedrohung, so kann der Staat mit undemokratischen Tendenzen ohne Probleme austreten; Dan *Reiter*, Why NATO Enlargement Does Not Spread Democracy, in: International Security, 25 (Frühjahr 2001) 4, S. 41–67.

41 Siehe z.B. Romania's Integration into NATO, The National Annual Program of Preparing the Integration into NATO, According to the Membership Action Plan (MAP), Cycle I (1999–2000), Cycle II (2000–2001), einzusehen unter: http://domino.kappa.ro/mae/dosare.nsf/AccesulEng/AAFF13029F2293F5C225681E002F004D?OpenDocument. Für Slowenien: Annual National Programme for the Implementation of the Membership Action Plan, 2000–2001, Executive Summary, einzusehen unter: http://www.uvi.si/ eng/slovenia/facts/nato-action-plan/. Für Lettland: http://www.mod.lv/english//02politika/04integracija.php.

Der »Europa-zuerst«-Ansatz verkennt jedoch die praktischen Probleme, die mit der EU-Erweiterung verbunden sind. Da die EU ein wesentlich breiteres Politikfeld abdeckt als die NATO, bewegt sie sich nur langsam und unter großen Schwierigkeiten auf die Erweiterung zu. Sollte die Allianz im Herbst 2002 entscheiden, weitere Länder aufzunehmen, wäre das mit Blick auf Mittel- und Südosteuropa schon die zweite Erweiterungsrunde nach 1990, während die EU noch vor dem ersten Erweiterungsschritt in Richtung auf Zentral- und Südosteuropa steht. Dabei gilt es, schwierige Entscheidungen zu treffen. Nach den jüngsten Pressemeldungen hat die EU derzeit mit Ungarn und Zypern die meisten Verhandlungskapitel abgeschlossen, während Rumänien und Bulgarien kaum damit rechnen können, bei der nächsten Erweiterungsrunde der EU dabei zu sein.[42] Die Türkei erfüllt allein schon die politischen Voraussetzungen nicht und fällt damit für die nähere Zukunft als ernsthafter Beitrittskandidat aus. Dies hat allerdings im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung keine Bedeutung, da sie bereits Mitglied der Allianz ist[43] Die EU hat zwar die Absicht geäußert, die ersten neuen Mitglieder bereits an den Europaratswahlen im Jahre 2004 teilnehmen zu lassen. Welche Länder das sein werden, kann naturgemäß nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Derzeit wird von einer großen Lösung gesprochen, bei der außer Rumänien und Bulgarien alle Bewerber aufgenommen werden sollen.[44] Diese Lösung dürfte nach dem negativen irischen Referendum zum Vertrag von Nizza allerdings schwer zu realisieren sein.

Die Vorstellung der Kandidaten, möglichst gleichzeitig in beide Organisationen aufgenommen zu werden, bricht sich an den unterschiedlichen Auswahlkriterien und den politisch-bürokratischen Entscheidungsstrukturen von NATO und EU. Sie lassen bestenfalls längerfristig erwarten, daß die Mitgliedschaft in beiden Institutionen deckungsgleich wird.

Dies rückt eine andere mögliche Funktion der NATO-Erweiterung ins Blickfeld: Die Rolle des Vorreiters der EU-Erweiterung. Schon die Erweiterung der Allianz um Polen, Ungarn und Tschechien hat der EU eine Atempause verschafft, auf die sie im Hinblick auf ihre internen Reformen angewiesen war. Gleichzeitig dokumentierten die Europäer zusammen mit der Allianz ihren politischen Willen, die drei Staaten in ihre Institutionen aufzunehmen und nicht außen vor zu lassen. Enttäuschte Erwartungen bezüglich einer schnellen Erweiterung der Union wurden damit abgemildert. Will man einen derartigen Effekt wiederholen, müßte die Allianz sich primär um die Staaten erweitern, die bei den derzeitigen Verhandlungen der Union keinen Erfolg haben werden. Nach dem heutigen Stand der Verhandlungen wären dies mit großer Sicherheit Rumänien und Bulgarien; andere Staaten könnten hinzukommen, falls weitere Kandidaten an den hohen Hürden der EU scheiterten.

Schutz vor Rußland

Noch in der letzten Erweiterungsdebatte spielte vor allem in den USA, aber auch bei einigen Beitrittskandidaten selber das Argument eine Rolle, daß man mit einer NATO-Erweiterung Mitteleuropa vor den von Rußland ausgehenden Gefahren schützen müsse. Entscheidend beeinflußt hat es die Auswahl der aufgenommenen Kandidaten allerdings nicht. Mit Ungarn, Polen und Tschechien wurden drei Staaten aufgenommen, die im Vergleich zu anderen Kandidaten aufgrund ihrer Größe am wenigsten den Schutz der NATO (Artikel 5 des Nordatlantikvertrages) benötigten. Andererseits ist das Argument, daß man die gegenwärtige Schwäche Rußlands zur Erweiterung der NATO und damit zur Ausdehnung der westlichen Einflußsphäre nutzen solle, nicht völlig aus der amerikanischen Debatte verschwunden.[45] Es könnte im amerikanischen Senat beim Kampf um die nötige Zweidrittelmehrheit eine gewisse Rolle spielen, wenn die Existenz

42 Das offizielle Brüsseler Konzept sieht allerdings vor, bis zu den Europawahlen 2004 bis zu zehn Kandidaten aufzunehmen. Dies wird jedoch mit der Kautele versehen, daß ein Beitritt zu diesem Zeitpunkt nicht für gesichert gelten kann.

43 Die derzeitige Zahl der abgeschlossenen Verhandlungskapitel: Ungarn und Zypern: 22, Slowenien 20, Estland, Slowakei und Tschechien 19, Litauen 18, Malta 17, Lettland und Polen 16, Bulgarien 10, Rumänien 7. Einen Überblick über den derzeitigen Verhandlungsstand gibt Tabelle 2 (Anhang I, S. 33).

44 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.6.2001, S. 6.

45 Siehe Peter *Rudolf*, Die amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush – eine erste Einschätzung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2001 (SWP-aktuell 5), S. 5–6.

schlagkräftiger Streitkräfte dieser Staaten zur Voraussetzung für die Mitgliedschaft gemacht werden soll. Die europäischen Staaten haben diesen Punkt nie besonders hervorgehoben und stärker als Amerika betont, daß Rußland trotz der NATO-Erweiterung Teil des europäischen Sicherheitssystems werden muß. Insofern ist das Ziel, die neuen Mitgliedstaaten vor Rußland zu schützen, immer mit der Bedingung verbunden worden, daß dies nicht dazu führen darf, Rußland aus der Sicherheitspolitik in Europa auszugrenzen.

Von den Bewerbern selber wird der Wille zum Beitritt nicht unbedingt damit begründet, daß Rußland eine direkte Bedrohung darstelle, auch wenn vielfach die NATO im Verhältnis zur EU wegen der »harten Sicherheitsgarantie« als erste Wahl angesehen wird.[46] Vielmehr geht es um eine Grundsatzentscheidung, bei der Rußland nur insofern eine Rolle spielt, als das große Nachbarland aufgrund seines erratischen Verhaltens und der instabilen Lage einen Unsicherheitsfaktor darstellt.[47] Den Kandidaten geht es folglich nicht darum, ihre Sicherheit sofort durch konkrete Verteidigungsplanungen der Allianz garantiert zu sehen. Sie haben zunächst die politische Wirkung, die von Artikel 5 des NATO-Vertrages ausgeht, im Blick. Dadurch wird das gegen die Mitgliedschaft baltischer Staaten gewendete Argument, diese Länder könnten letztlich von der NATO nicht verteidigt werden, nahezu gegenstandslos. Ohnehin kann in Analogie zur Lage Berlins im Kalten Krieg geltend gemacht werden, daß es nicht unbedingt der lokalen Verteidigungsfähigkeit bedarf, um von einem Angriff auf eine Region abzuschrecken.

Die NATO-Mitgliedschaft ist in diesem Sinne ein Signal an die politische Umwelt, das dem Sicherheitsbedürfnis der Bewerberstaaten insofern entspricht, als es in der zentralen Sicherheitsfrage ein für allemal klare Zeichen setzt und keinerlei graue Zonen zuläßt. Sozusagen: »To whom it may concern«. Aus der Sicht der drei baltischen Beitrittskandidaten wäre es fatal, wenn die NATO-Staaten ihren politischen Willen und ihre Interessen den russischen Einwänden unterordnen würden.

Verstärkung des militärischen Krisenmanagement-Potentials

Die NATO ist die stärkste Militärallianz der Welt. Gleichwohl werden, sobald es um regionales Krisenmanagement geht, die Begrenzungen ihres Potentials deutlich. Durch den Balkan-Einsatz sind die europäischen Streitkräfte sehr stark beansprucht. Insbesondere die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der Bundesrepublik sind an den Grenzen ihrer Fähigkeit angelangt, regionale Krisenherde militärisch abzusichern bzw. zu befrieden. Die USA andererseits zögern, ihre Truppen auf dem Balkan zu verstärken, lassen sogar gelegentlich die Neigung erkennen, ihr Engagement zu reduzieren.[48] Insofern wäre ein Zuwachs an Potential für die NATO willkommen.

Die MAP-Staaten leisten mit derzeit rund 500 von insgesamt rund 50 000 Soldaten keinen wesentlichen Beitrag zum Potential der NATO auf dem Balkan.[49] Dies könnte sich nach entsprechenden Reformen der Streitkräfte im Falle einer Mitgliedschaft entscheidend ändern. Derzeit verfügen die MAP-Staaten über ein Truppenpotential von insgesamt rund 420 000 Soldaten.[50] Zwar sind die Streitkräfte einiger Länder, etwa Rumäniens und Bulgariens, noch erheblich überdimensioniert, doch bei entsprechender Spezialisierung ergibt sich ein Potential für die effektivere Bewältigung regionaler Krisenmanagement-Aufgaben der NATO.[51] Voraus-

46 Siehe Gundars *Zalkalns*, Baltic State Security, in: Hans *Zettermark*/Magnus *Hägg*/Caroline *von Euler* (Hg.), Extending the Northern Wing of the European House, Stockholm: Swedish National Defence College, 2000, S. 156.
47 Siehe für den lettischen Fall Dzintra *Bungs*, Latvia's Security Policy Goals and Possibilities, in: Sicherheitspolitik in der GUS und im Baltikum. Ausgewählte aktuelle Aspekte, Wien, März 2001 (Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik 1/2001), S. 97–124.

48 Die jüngsten Entwicklungen amerikanischer Politik im Zusammenhang mit Mazedonien lassen erkennen, daß die vielzitierte »Wende nach Asien« in der politischen Praxis immer wieder durch den Willen in konkreten Fällen konterkariert wird, in der europäischen Sicherheitspolitik eine zentrale Rolle zu spielen.
49 Siehe Tabelle 4 (Anhang I, S. 35).
50 Siehe Tabelle 3 (Anhang I, S. 34); nähere Angaben bei Thomas S. *Szayna*, NATO Enlargement, 2000–2015. Determinants and Implications for Defense Planning and Shaping, Santa Monica, CA: RAND Corporation, 2001 (MR-1243-AF), S. 92.
51 Zielstärken der bulgarischen und rumänischen Streitkräfte gemäß Jeffrey *Simon*, Transforming the Armed Forces of Central and East Europe, National Defense University, June 2000 (Strategic Forum No. 172).

setzung ist, daß sich die Streitkräfte dieser Staaten auf die »neuen Aufgaben der Allianz« vorbereiten und daß sie entsprechend ausgebildet und modernisiert werden.

Realisierungsbedingungen

Kontrolle des Prozesses

Die Allianz will den Erweiterungsprozeß nicht nur dadurch in der Hand behalten, daß sie konkrete Bedingungen formuliert und entsprechende Konditionierungen einbringt. Ihre Entscheidungsgrundlagen erlauben es – wie oben erläutert – außerdem, einen Kandidaten selbst dann zurückzuweisen, wenn er die Beitrittskriterien erfüllt. Die Mitgliedsländer der NATO wollen von Fall zu Fall im Lichte der konkreten politischen Situation entscheiden, wer neues Mitglied des Bündnisses wird. Auch die Tatsache, daß die Allianz nicht mit Gruppen von Staaten, sondern ausschließlich mit einzelnen Ländern verhandelt, ist ein Indiz dafür, daß sie den Prozeß möglichst – trotz aller Selbstbindung – unter Kontrolle behalten will. Diese Vorgehensweise wird nicht nur von den beitrittswilligen Staaten, sondern auch von einzelnen Mitgliedern im Bündnis selbst kritisiert.

Diese Methode hat jedoch zwei entscheidende Vorteile:

- Die NATO hat mit diesem Verfahren gegenüber dem einzelnen beitrittswilligen Staat eine bessere Verhandlungsposition. Dies braucht sich nicht negativ auf die Bewertung des Kandidaten auszuwirken, da dessen konkrete Rahmenbedingungen und auch die Schwierigkeiten, die Beitrittskriterien zu erfüllen, auf diesem Wege besser erfaßt werden können als im Falle von Verhandlungen mit einer Gruppe von Staaten.
- Die NATO ist ein politisch komplexes Bündnis, das aus Gründen der Entscheidungsfähigkeit Spielräume für Kompromisse bei der anstehenden Entscheidung braucht, da jede Entscheidung auch ein Kompromiß zwischen unterschiedlichen Interessen und Prioritäten der Mitgliedstaaten ist. Würden diese Spielräume fehlen, ginge die nötige Flexibilität verloren. Es könnte leicht zu Blockierungen des Entscheidungsprozesses kommen, die niemandem nützen würden.

Aufgrund dieser Gesichtspunkte bleibt die gewählte Methode deshalb auch für diese Runde der Erweiterung sinnvoll.

Die Einbindung Rußlands

Die Kehrseite des Interesses, die Kandidaten vor den von Rußland ausgehenden Gefahren zu schützen ist die Forderung, Rußland aus der Sicherheitsstruktur Europas nicht auszugrenzen, sondern einzubinden. Besonders die europäischen Staaten betonen diesen Aspekt. Die EU hat die Absicht bekundet, mit Rußland eine strategische Partnerschaft zu entwickeln.[52] Bei der letzten Erweiterungsrunde ist auch die Allianz russischen Interessen entgegengekommen und hat erklärt, daß weder beabsichtigt sei, Nuklearwaffen auf dem Territorium der drei neuen Mitgliedstaaten zu stationieren, noch im gegenwärtigen Sicherheitsumfeld ausländische Kampftruppen in signifikantem Umfang dauerhaft auf deren Territorium stationiert werden sollten.[53] Der *Founding Act on*

52 In der Gemeinsamen Strategie der EU für Rußland heißt es: »Die Europäische Union betrachtet Rußland als wesentlichen Partner ... und ist entschlossen, mit Rußland zusammenzuarbeiten. Sie schlägt vor, daß die strategische Partnerschaft im Rahmen eines permanenten politischen und sicherheitspolitischen Dialogs weiterentwikkelt wird, bei dem es darum geht, die Interessenlagen einander anzunähern und gemeinsame Antworten auf bestimmte sicherheitspolitische Herausforderungen auf dem europäischen Kontinent zu finden (Gemeinsame Strategie der Europäischen Union für Rußland: Anhang II zu den Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates am 3. und 4. Juni 1999 in Köln).

53 Die zwei entscheidenden Abschnitte in der NATO–Rußland-Grundakte lauten: »The member States of NATO reiterate that they have no intention, no plan and no reason to deploy nuclear weapons on the territory of new members, nor any need to change any aspect of NATO's nuclear posture or nuclear policy – and do not foresee any future need to do so. This subsumes the fact that NATO has decided that it has no intention, no plan, and no reason to establish nuclear weapon storage sites on the territory of those members, whether through the construction of new nuclear storage facilities or the adaptation of old nuclear storage facilities. Nuclear storage sites are understood to be facilities specifically designed for the stationing of nuclear weapons, and include all types of hardened above or below ground facilities (storage bunkers or vaults) designed for storing nuclear weapons. NATO reiterates that in the current and foreseeable

Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation (NATO–Rußland-Grundakte) war mit dem entsprechenden Kooperationsmechanismus insbesondere Ausdruck des Versuchs, die Akzeptanz der NATO-Erweiterung für Moskau zu erhöhen und eine kooperative Sicherheitsbeziehung zwischen der NATO und Rußland zu entwickeln. Zeitweilig auftauchende Vorstellungen einer NATO-Mitgliedschaft Rußlands erlangten keine politische Bedeutung.

Dabei kann von der Prämisse ausgegangen werden, daß Rußland weniger darauf aus ist, den Prozeß der Erweiterung prinzipiell zu blockieren, als vielmehr darauf zielt, Kompensationen für die Ausdehnung der Allianz zu erhalten. Dies entspricht der russischen Einschätzung, daß die Gefahr, die von der NATO ausgeht, nicht auf militärischem Gebiet liegt, sondern darin besteht, daß Rußland im europäischen Sicherheitssystem marginalisiert werden könnte.

Neben den ökonomischen Bindungen an den Westen dürfte dafür ausschlaggebend sein, daß die russischen Reaktionsmöglichkeiten – gerade auch in der kritischen Region des Baltikums – sehr begrenzt sind. Rußland könnte zwar seine militärische Präsenz an der Ostgrenze des Bündnisses – z.B. auch in Weißrußland – demonstrativ verstärken. Angesichts des Zustandes der russischen Streitkräfte wäre dies jedoch kein besonders deutliches Signal und wahrscheinlich auch nur in sehr beschränktem Umfang möglich. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang die russische Präsenz in Kaliningrad eher eine Belastung als eine Trumpfkarte für Rußland, da im Falle einer Mitgliedschaft Litauens diese russische Exklave von NATO-Territorium umgeben wäre.[54]

In der derzeitigen Lage gibt es folgende Optionen, um Rußland in der Frage der NATO-Erweiterung entgegenzukommen. In der Reihenfolge der Intensität, mit der russische Einwände berücksichtigt werden, sind dies:

- Rußland könnte die NATO-Mitgliedschaft angeboten werden. Tatsächlich gibt es Hinweise und Überlegungen dazu, auch von offizieller Seite in den Mitgliedsländern der Allianz.[55] Präsident Putin hat kürzlich geäußert, daß Rußland die Option einer NATO-Mitgliedschaft prüfen würde, hat dies jedoch von den Vorschlägen abhängig gemacht, die die NATO unterbreitet.[56] Allerdings wird die Möglichkeit einer Aufnahme Rußlands auf seiten der Allianz allgemein als (sehr) langfristige Option bezeichnet. Gegen eine Politik, die Rußlandfrage zu diesem Zeitpunkt mit der Frage der NATO-Erweiterung zu verknüpfen, sprechen mehrere Gründe:
  (a) Ein langfristiges Angebot hätte in der jetzigen Phase der Allianzentwicklung wohl nur symbolischen Charakter und würde von Rußland wahrscheinlich als bloßer taktischer Schritt interpretiert werden;
  (b) außerdem würde sich die NATO durch eine russische Mitgliedschaft in eine Art zweiter OSZE entwickeln, die wohl kaum einem weiteren Land des OSZE-Raumes die Mitgliedschaft verwehren könnte, was durchaus nicht im Interesse vieler Mitgliedstaaten der Allianz liegen dürfte;
  (c) die innenpolitische Entwicklung Rußlands ist – vorsichtig formuliert – sehr widersprüchlich

security environment, the Alliance will carry out its collective defence and other missions by ensuring the necessary interoperability, integration, and capability for reinforcement rather than by additional permanent stationing of substantial combat forces. Accordingly, it will have to rely on adequate infrastructure commensurate with the above tasks. In this context, reinforcement may take place, when necessary, in the event of defence against a threat of aggression and missions in support of peace consistent with the United Nations Charter and the OSCE governing principles, as well as for exercises consistent with the adapted CFE Treaty, the provisions of the Vienna Document 1994 and mutually agreed transparency measures. Russia will exercise similar restraint in its conventional force deployments in Europe.« Zusammenfassend siehe Ulf *Terlinden*, Die Erweiterung der NATO und ihr Verhältnis zu Rußland, Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS), Dezember 1999 (Research Report 99.3).

54 Ohnehin ist die militärische Bedeutung Kaliningrads stark gesunken. Die Truppenstärke wurde von 200 000 Anfang der 90er Jahre bereits auf 25 000 abgesenkt und soll bis 2003 auf unter 9000 verringert werden (vgl. Heinz *Timmermann*, Kaliningrad: Eine Pilotregion für die Gestaltung der Partnerschaft EU-Rußland?, unveröffentlichte Studie, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 5).
55 U.a. gibt es in jüngerer Zeit entsprechende Hinweise von Bundeskanzler Schröder, dem neuen Botschafter der USA in Moskau, Alexander Vershbow und dem Führer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Richardt Gephardt (siehe den Überblick von Kathleen *Knox*, in: RFE, Russia: Future NATO Member?, vom 29.8.2001 (http://www.rferl.org/nca/features/ 2001/08/29082001131323.asp).
56 Gemäß einer Meldung der AFP vom 26.9.2001 hat Präsident Putin dies gegenüber Journalisten geäußert.

und für autoritäre Lösungen zumindest längerfristig offen; ein nicht-demokratischer Staat dieser Größenordnung würde den Charakter der Allianz als Bündnis demokratischer Staaten grundsätzlich verändern;
(d) während davon ausgegangen werden kann, daß das Mitgliedschafts-Angebot bei den kleineren Staaten in Zentral- und Südosteuropa gewisse positive Wirkungen auf die innenpolitische Entwicklung haben könnte, ist dies bei Rußland selber angesichts seiner Größe und politischen Struktur sehr zweifelhaft,
(e) und schließlich stünde das Angebot der Mitgliedschaft dem Interesse vieler Kandidaten entgegen, die unter anderem gerade deshalb der Allianz beitreten wollen, weil sie Rußland als einen Unsicherheitsfaktor betrachten.
Langfristig ist allerdings denkbar, daß sich die Beziehungen zur Allianz, zum Beispiel durch eine amerikanisch-russische Kooperation auf dem Gebiet der Raketenabwehr (und der Terrorismusbekämpfung) wie auch durch positive Entwicklungen in Rußland selbst, so entscheidend verbessern, daß die Erweiterung Rußland letztlich doch akzeptabel erschiene. Dies ist jedoch eine Frage zukünftiger Entwicklungen.

- Die Allianz versucht, die kooperativen Beziehungen im Rahmen des NATO–Rußland-Rates zu stärken. Die NATO–Rußland-Akte enthält einen umfassenden Katalog von möglichen Themen.[57] Ein möglicher Ansatzpunkt ist die gegenwärtige Diskussion über den Terrorangriff gegen World Trade Center und Pentagon, der bereits zu einer gemeinsamen Presseerklärung des Permanenten NATO-Rußland-Rates geführt hat.[58] In dieser Erklärung wird unter anderem angekündigt, daß die NATO und Rußland ihre Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung verstärken werden.
- Die Allianz betont, daß die Bedingungen, unter denen die Erweiterung um Polen, Ungarn und Tschechien erfolgte,[59] auch für diese neue Erweiterungsrunde gelten sollen. Auch dieses Angebot dürfte die russischen Bedenken kaum ausräumen.
- Die Allianz bzw. die EU verschaffen Rußland günstige Entwicklungsbedingungen für Kaliningrad. Eine Transportmöglichkeit für russische Verbände über litauisches Gebiet könnte rechtlich zwischen Litauen und Rußland abgesichert und von entsprechenden Erklärungen der NATO begleitet werden.[60]
- Die NATO verzichtet darauf, einen oder mehrere baltische Staaten aufzunehmen.[61] Diese Möglichkeit hat die Allianz bisher nicht kategorisch, aber doch sehr weitgehend ausgeschlossen.

Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit

Bei dieser für die NATO wichtigen Frage geht es um zwei Aspekte:

- um die Schwierigkeit, die politische Konsensfähigkeit bei einer größeren Zahl von Mitgliedern aufrechterhalten zu können, sowie
- um die Problematik, die Fähigkeit zu gemeinsamen militärischen Operationen mit den neuen Mitgliedern durch interoperable Ausrüstung und gemeinsame Verfahrens- und Einsatzkonzeptionen herzustellen.

Bei der ersten Frage steht die Allianz vor einem gewissen Dilemma. Einerseits werden die Entscheidungsprozesse in einer erweiterten Allianz sicherlich schwieriger, da einfach mehr Staaten am Tisch sitzen und an den Entscheidungen beteiligt sind. Gleichzeitig bleibt es der NATO versagt, den vielfach hinderlichen Status einer zwischenstaatlichen Organisation durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen zu überwinden. Sicherlich gibt es

57 Sie reichen von Themen gemeinsamen Interesses, die die Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum betreffen, über Proliferationsprobleme bis hin zum Kampf gegen Terrorismus und Drogenbekämpfung.
58 Siehe: Press Statement. Meeting in extraordinary session of the NATO-Russia Permanent Joint Council at Ambassadorial Level, Press Release, 13 September 2001.
59 Soweit sich die Sicherheitslage nicht verändert, will die Allianz auf dem Territorium von Polen, Tschechien und Ungarn dauerhaft keine Kampftruppen stationieren. Ebenso ist die Stationierung von Nuklearwaffen ausgeschlossen worden.
60 Derzeit sind die Verhandlungen zwischen Litauen und Rußland allerdings blockiert. Rußland fordert freien Durchzug für seine Streitkräfte, während Litauen ein Kontrollregime anstrebt (*Timmermann*, Kaliningrad, S. 14).
61 Hier wird bewußt ein »strategischer Tauschhandel« zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland Raketenabwehr gegen NATO-Erweiterung ausgeschlossen. Bei beiden Entscheidungen hat die amerikanische Administration eine zu eindeutige Haltung. Vor diesem Hintergrund kann keines dieser Projekte aus Gründen eines solchen »deals« aufgegeben werden.

organisatorische Maßnahmen, die die Entscheidungsprozesse in der Allianz vereinfachen können. Auch brauchen sich bei Militäroperationen nicht alle Mitglieder zu beteiligen; es darf nur nicht sein, daß ein Mitgliedstaat im NATO-Rat gegen eine Maßnahme ein Veto einlegt. Die grundsätzlichen statusbedingten Schwierigkeiten einer Konstruktion mit fehlenden Mehrheitsentscheidungen bleiben also bestehen. Trotzdem kann man erwarten, daß die Auswirkungen dieses Problems in einer erweiterten Allianz – zumindest zunächst einmal, beschränkt bleiben, da die starke Fixierung vieler Beitrittskandidaten auf die politischen Leitbilder USA und NATO erwarten läßt, daß sie in besonderer Weise kompromiß- und konsensfähig sein und damit die Kohäsion der Allianz auf absehbare Zeit eher stärken als schwächen werden. In der NATO wird von entsprechenden Erfahrungen mit den drei neuen Mitgliedstaaten berichtet.

Der militärische Aspekt dürfte der schwierigere sein. Für ein Bündnis, das militärische Effektivität als Conditio sine qua non ihrer Existenz ansieht, ist dieser Faktor von besonderer Bedeutung. Erfahrungen mit den 1999 beigetretenen Mitgliedern machen deutlich, daß entsprechende Anpassungsleistungen – vor allem in den Bereichen Kommunikationsfähigkeit, Interoperabilität und Führungsfähigkeit – von diesen Ländern nur schwer zu erbringen sind. Dies geschieht vor dem auch Altmitgliedern neuen Hintergrund, daß es schwierig ist, auf der einen Seite keine wesentlichen Steigerungen der Verteidigungshaushalte beanspruchen zu können,[62] andererseits aber gleichzeitig kostspielige Umstrukturierungsmaßnahmen vornehmen zu müssen. Insofern geht es für die Allianz bei dieser Frage um die Quadratur des Kreises. Einerseits gilt es, die Kandidaten nicht zu früh und ohne die nötigen militärischen Reformen Mitglied werden zu lassen, auf der anderen Seite müssen die finanziellen Belastungen für die Volkswirtschaften dieser Länder möglichst gering gehalten werden.

62 Siehe Tabelle 4 (Anhang I, S. 35).

Entscheidungsoptionen

Im November 2002 muß die Allianz eine Entscheidung in der Frage ihrer Erweiterung treffen. Dabei muß sie zwei prinzipielle Fragen beantworten:

- Welche Entscheidungsstrategie soll angewandt werden?
- Wie werden die einzelnen Aspiranten in ihren Bemühungen um eine Mitgliedschaft beurteilt?[63]
- Wie geht man mit jenen Staaten um, die zum jetzigen Zeitpunkt unberücksichtigt bleiben?

Die Möglichkeiten, die die NATO hat, sollen im folgenden mit dem Ziel dargestellt werden, das verhandlungsstrategische Optimum herauszufinden.

Entscheidungsstrategie

Theoretisch gesehen hat die Allianz im wesentlichen folgende Möglichkeiten:

- Die Beitrittsverhandlungen können auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden, beginnen also nicht im Anschluß an den Prager Gipfel.
- Es können Verhandlungen mit einem oder mehreren Staaten direkt nach dem Gipfel aufgenommen werden, während gegenüber denjenigen, die nicht berücksichtigt wurden, betont wird, daß die Tür offen bleibt.
- Verhandlungen können mit allen neun Staaten unter der Bedingung aufgenommen werden, daß die Mitgliedschaft erst dann wirksam wird, wenn alle MAP-Bedingungen erfüllt sind (konditionierte große Lösung).[64]
- Der Beschluß kann gefaßt werden, daß mit allen neun MAP-Staaten Verhandlungen über eine Mitgliedschaft ohne weitere Bedingungen aufgenommen werden (unkonditionierte große Lösung).

Darüber hinaus ist es möglich, die verschiedenen Vorgehensweisen zu verknüpfen und auf diesem Wege eine differenzierte Strategie anzuwenden.

63 Formell schließt das auch die Frage ein, ob ein Land kein Mitglied werden soll, obwohl es die Kriterien erfüllt.
64 Zu diesem Vorschlag siehe Zbigniew *Brzezinski*, NATO and EU Need to Grow Together, in: International Herald Tribune, 17.5.2001.

Vertagung der Entscheidung

Würde die Allianz sich im nächsten Jahr entscheiden, mit keinem der Aspiranten Verhandlungen über eine Mitgliedschaft aufzunehmen, so könnte das auf den ersten Blick als unbedachter Schritt bewertet werden. Wenn aber das Bündnis einen Bericht darüber lieferte, wie schwierig es bereits ist, die drei jüngsten Mitglieder in die Allianz einzugliedern[65] und wie groß die Probleme der neuen Bewerber bei der Erfüllung der Kriterien des MAP sind, dann wäre eine solche Entscheidung durchaus begründbar. Trotzdem muß diese Option ausgeschlossen werden. Der entscheidende Grund ist, daß sich die Allianz bereits derart weitgehend auf einen Erweiterungsschritt festgelegt hat, daß eine Vertagung ihre Glaubwürdigkeit erheblich beschädigen würde.

Verhandlungen plus Flexibilität

Wenn eine Mitgliedschaft Sloweniens und der Slowakei derart unbestritten ist und zumindest diese beiden Länder aufgenommen werden sollen, bleibt immer noch die Frage offen, wie die politische Botschaft an diejenigen Staaten, die nicht zu Verhandlungen eingeladen werden, aussehen soll.

In diesem Fall stehen mehrere Möglichkeiten zur Verfügung

- das Thema kann auf die Tagesordnung des nächsten Gipfels gesetzt werden, ohne daß irgendwelche zusätzlichen Entscheidungen getroffen werden müssen,
- unter Hinweis auf den noch unbefriedigenden Stand des MAP-Prozesses kann der Verhandlungsbeginn für ausgewählte und benannte Länder

65 So sind z.B. in Polen erst nach dem Beitritt zur NATO Berichte über den schlechten Zustand der Armee bekannt geworden. Der Nachschub betrage z.B. nur 30% des Erforderlichen (siehe Christoph Ulrich *Vogel*/Jan Wiktor *Tkaczynski*, Polen in der NATO. Anspruch und Wirklichkeit, in: Österreichische militärische Zeitschrift, (1999) 6, S. 703–710 [709]).

auf einen konkreten späteren Zeitpunkt festgesetzt werden,

Diese beiden Varianten erlauben es, die politischen und militärischen Kriterien für die Mitgliedschaft ernst zu nehmen, die Dynamik der Erweiterung aufrechtzuerhalten, die NATO mit neuen Mitgliedern nicht zu überfordern und gleichzeitig den Prozeß hinlänglich zu kontrollieren.

Konditionierte große Lösung

Der Entschluß, sich grundsätzlich dafür auszusprechen, mit allen Partnerländern direkt nach dem Prager Gipfel Verhandlungen zu beginnen, aber dies an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, brächte als nächste Möglichkeit einige Vorteile mit sich: Die NATO würde die Politik der »offenen Tür« deutlich unterstreichen und sich als handlungsfähig erweisen; die Kandidaten würden Zeit gewinnen, um die notwendige Reform der Streitkräfte entsprechend den MAP-Vereinbarungen voranzutreiben; und die NATO hätte, da der Beitritt weiterhin konditioniert bliebe, noch eine relativ starke Einflußmöglichkeit auf die weitere Entwicklung dieser Staaten. Mit dieser Strategie ließen sich Erwartungsenttäuschungen darüber, daß diese Länder nicht sehr bald Mitglied werden können, wahrscheinlich in Grenzen halten, da die Grundsatzentscheidung über den Beitritt gefallen wäre.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß diese Verfahrensweise diejenigen Staaten ungerecht behandeln würde, die den Katalog der NATO-Kriterien besonders ernst nehmen. Ländern wie Mazedonien und Albanien würde damit unter Umständen Hoffnung auf eine baldige Mitgliedschaft gemacht, ohne daß die realen Voraussetzungen gegeben wären

Unkonditionierte große Lösung

Gleichzeitig Verhandlungen mit allen MAP-Staaten über eine Mitgliedschaft in der NATO aufzunehmen, könnte als Ausdruck politischer Geschlossenheit verstanden werden. Ein solches Vorgehen könnte die Allianz mit der Erklärung verbinden, daß mit der Aufnahme der neun Beitrittskandidaten der Prozeß der Bündniserweiterung abgeschlossen sei. Eine unkonditionierte große Lösung wäre zugleich ein politisches Signal an die russische Regierung, daß jeder Staat in seiner Bündniswahl frei und keinen Einspruchsrechten Dritter unterworfen ist. Für diejenigen Staaten, die sich zugleich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben, aber in naher Zukunft nicht aufgenommen werden sollen, wäre eine vorgezogene NATO-Mitgliedschaft immerhin deutlicher Ausdruck ihrer (sicherheits-) politischen Zugehörigkeit.

Die Nachteile einer unkonditionierten großen Lösung sind gleichwohl unübersehbar. Dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der Kandidaten würde nicht Rechnung getragen werden können und die große Zahl neuer Mitglieder würde mit Sicherheit Anpassungsprobleme für die Allianz mit sich bringen, die die Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses einschränken dürften.

Wo liegt das verhandlungsstrategische Optimum?

Aus verhandlungsstrategischem Blickwinkel bietet es sich somit an, eine Wahl zwischen einer konditionierten großen Lösung und einem Ansatz zu treffen, der einen Staat oder eine Gruppe von Staaten zu Verhandlungen einlädt und die übrigen Kandidaten im Lichte der Kriterien in differenzierter Weise weiterhin auf die Mitgliedschaft vorbereitet. Die Gründe für diese Einschätzung sind die folgenden:

- Eine Vertagung der Entscheidung wäre für die Allianz sowohl mit Blick auf die Kandidaten als auch auf Rußland fatal, da ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt würde. Außerdem gibt es Staaten, die sowohl hinsichtlich der Beitrittskriterien wie auch der Kritik Moskaus nur sehr schwer zurückzuweisen sind.
- Die zweite und dritte Möglichkeit (Verhandlungen plus Flexibilität sowie die konditionierte große Lösung) haben den Vorteil, daß sie sowohl die Entscheidungsfähigkeit der NATO unter Beweis stellen als auch belegen, daß das Bündnis die eigenen Kriterien Ernst nimmt. Bei denjenigen Staaten, die diese Kriterien nicht zufriedenstellend erfüllen, ist die Aussicht auf Mitgliedschaft eine größere Motivation, die entsprechenden Reformen vorzunehmen, als im Falle einer Mitgliedschaft.

Bei einer Kosten-/Nutzen-Abwägung dürfte die zweite Variante die vorteilhafteste sein. Das Hauptargument: Sie prämiert diejenigen Staaten, die die

Kriterien zwar nicht perfekt, aber doch befriedigend erfüllen und hält gleichzeitig die Dynamik des Prozesses aufrecht.

Über diese verhandlungsstrategischen Gesichtspunkte hinaus muß die Allianz aufgrund des individuellen Ansatzes jedes Land einzeln bewerten und darüber entscheiden, ob Verhandlungen über den Beitritt aufgenommen werden sollen oder eine andere Entscheidung vorzuziehen ist.

Problemregionen

Wenn man davon ausgeht, daß Albanien und Mazedonien außerhalb des engeren Kandidatenkreises stehen, Slowenien und die Slowakei hingegen als sichere Kandidaten gelten, bleiben zwei Gruppen von Staaten übrig, die im Kontext der NATO-Erweiterung problematisch sind: Das Baltikum sowie Rumänien und Bulgarien.

Das Baltikum

Was die politischen Kriterien betrifft, so stellt sich bei den drei baltischen Staaten[66] im wesentlichen nur das Problem ihrer russischen Minderheiten. Vor allem Lettland und Estland haben mit 32,38 bzw. 28,14% einen starken russischen Anteil an der Bevölkerung.[67] Allerdings hat die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom November 2000 konstatiert, daß diese Länder die Frage ihrer russischen Minderheiten mehr und mehr in den Griff bekämen.[68] Was den sonstigen Verhandlungsstand mit der EU betrifft, befinden sich Litauen und Lettland in der dritten, Estland in der zweiten Gruppe.[69] Für einen EU-Beitritt sind damit zumindest die Aussichten Estlands gut.

Was die NATO anbelangt, so brächten die baltischen Länder mit rd. 18 000 Soldaten kein signifikantes militärisches Potential in das Bündnis ein.[70] Sie versuchen allerdings – im Jahr 2000 waren es 167 Soldaten –, einen notwendigerweise bescheidenen Beitrag zu den Truppen der NATO auf dem Balkan zu leisten.[71] Da diese Länder ihre Streitkräfte völlig neu aufbauen und entsprechend keine durch den Warschauer Pakt geprägten Streitkräftestrukturen von Grund auf reformieren mußten, bieten alle baltischen Staaten in dieser Hinsicht verhältnismäßig gute Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft.[72] Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt in allen drei Staaten unter 2%. In Estland liegt er mit 1,8 und in Litauen mit 1,66 allerdings beträchtlich höher als in Lettland mit 1,0%. Da Estland darüber hinaus der erste baltische Staat war, mit dem die EU 1998 Verhandlungen aufgenommen hat – die beiden anderen folgten erst im Januar 2000 – scheinen die Esten dementsprechend auch bei der NATO-Erweiterung Vorteile gegenüber den Nachbarn im Süden geltend machen zu können. Auf der anderen Seite: Falls die EU nicht alle baltischen Staaten in der nächsten Runde en bloc aufnimmt, könnte es sich positiv auswirken, wenn gerade diejenigen Länder, die an der EU-Hürde scheitern, NATO-Mitglied würden.

Der entscheidende Punkt ist jedoch, wie die Staaten der NATO letztlich auf die russische Ablehnung einer Mitgliedschaft der ehemaligen Sowjetrepubliken reagieren. Das heißt, es stellt sich die Frage, wie sie den Zielkonflikt zwischen der Ablehnung eines russischen Vetos zum Nachteil einer eigenständigen Bündniswahl der baltischen Länder und der Notwendigkeit der Einbindung Rußlands in europäische Strukturen lösen wollen. Dieses Problem existiert bezüglich aller baltischen Staaten. Estland und Lettland haben eine Grenze mit Rußland. Litauen umschließt zusammen mit Polen die russische Exklave Kaliningrad, was die »russische Frage« insofern zuspitzt, als im Falle einer NATO-Mitgliedschaft Litauens der Landzugang für Rußland nur über das Territorium eines NATO-Staates möglich wäre. Dies dürfte jedoch

66 Vgl. die Auszüge aus den regelmäßigen Berichten der Kommission über die Fortschritte der drei Länder auf dem Weg zum Beitritt, November 2000, im Anhang III, S. 46f.
67 Litauen nur 8,21% (siehe Briefing No 42, The Russian Minority in the Baltic States and the Enlargement of the EU, European Parliament, 3 May 1999).
68 Regular Reports from the Commission on Progress towards Accession by each of the candidate countries, November 8, 2000.
69 Siehe Tabelle 2 (Anhang I, S. 33).
70 Siehe Tabelle 3 (Anhang I, S. 34).
71 Siehe Tabelle 4 (Anhang I, S. 35).
72 Siehe Jeffrey *Simon*, NATO's Membership Action Plan (MAP) and Prospects for the Next Round of Enlargement, Woodrow Wilson International Center for Scholars, East European Studies Program, November 2000 (Occasional Papers, No. 58), S. 11–13 (http://wwics.si.edu/ees/papers.htm).

insofern kein unüberwindliches Problem darstellen, als es selbst im Kalten Krieg möglich war, amerikanische Truppen durch das Gebiet der DDR nach Westberlin zu transferieren. Vertragliche Lösungen müßten vor diesem Hintergrund in der veränderten sicherheitspolitischen Lage erreichbar sein.

Mit Blick auf den bisherigen Entscheidungsstand in der Allianz, der sich mit den beiden komplementären Formeln »keine geographische Begrenzung« und »kein russisches Vetorecht« für die Mitgliedschaft eines Landes in der NATO zusammenfassen läßt,[73] erscheint es kaum möglich, das Baltikum auszusparen.[74] Die Erfahrungen mit der Erweiterung um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn legen zudem nahe, daß Rußlands Kritik keine längerfristig negativen Folgen für das Verhältnis zwischen NATO und Rußland nach sich ziehen muß.[75] Sieht man die Vergrößerung der Allianz darüber hinaus als ein Projekt zum Stabilitätstransfer und nicht in den Kategorien eines »Bündnisses gegen Rußland«, gelingt es weiterhin, die Zusammenarbeit mit Rußland im NATO–Rußland-Rat beizubehalten oder gar zu stärken[76] und beschränkt schließlich die Allianz ihre Präsenz in den Beitrittsländern wie bei der letzten Erweiterungsrunde, dann erscheint der Schritt in Richtung Baltikum angebracht. Sollte die NATO hingegen das Interesse dieser kleinen Staaten an der Mitgliedschaft auf dem Altar der russischen Einwände opfern, würde dies die Sicherheitsperzeption dieser Länder zweifellos negativ beeinflussen. Damit würde eine Tendenz gefördert, die Kritiker vielfach als eine Konsequenz der NATO-Erweiterung befürchten[77] – das Denken in Kategorien von Einflußzonen und Grenzziehungen.

Wenn ein baltischer Staat aufgenommen würde, müßte die NATO allerdings die beiden anderen mit Blick auf die politischen Kriterien und auf die militärische Leistungsfähigkeit durchaus differenziert im Sinne der oben angeführten flexiblen Strategie behandeln.[78] Gegenwärtig kann davon ausgegangen werden, daß Litauen aufgrund seiner militärischen Leistungsfähigkeit und seinem in absoluten Zahlen höchsten Verteidigungshaushalt innerhalb der drei baltischen Staaten die besten Chancen auf einen NATO-Beitritt zu haben scheint.

Rumänien und Bulgarien

Was die politische und wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens und Bulgariens anbelangt, so muß zunächst der Bezug zur EU hergestellt werden. Es ist darauf hinzuweisen, daß sowohl Bulgarien als auch Rumänien die politischen Kriterien von Kopenhagen für einen EU-Beitritt erfüllen. Allerdings erkennt die EU-Kommission deutliche Schwächen im politisch-administrativen System.[79] Ähnlich schätzt das *Freedom House Rating* die beiden Länder ein: Sie werden zwar insgesamt als »frei« deklariert, jedoch negativer eingeschätzt als beispielsweise die baltischen Staaten.[80] Was die wirtschaftlichen Kriterien betrifft, bilden beide Staaten die Schlußlichter bei den derzeitigen Beitrittsver-

73 Im jüngsten NATO-Kommuniqué heißt es: »Recalling the decisions taken at the Washington Summit, and looking ahead to the review of the enlargement process which will be undertaken by NATO Heads of State and Government at their Prague Summit in 2002, we reaffirm the Alliance's commitment to remain open to new members. The Alliance expects to extend further invitations in coming years to nations willing and able to assume the responsibilities and obligations of membership, and as NATO determines that the inclusion of these nations would serve the overall political and strategic interests of the Alliance and that the inclusion would enhance overall European security and stability. No European democratic country whose admission would fulfil the objectives of the Washington Treaty will be excluded from consideration regardless of its geographic location, each being considered on its own merits.« (Final Communiqué, Ministerial Meeting of the North Atlantic Council Held in Budpest, Press Release M-NAC-1(2001)77, 29 May 2001, Punkt 50).

74 Volker *Rühe* spricht sich dagegen dafür aus, den baltischen Staaten nur eine klare zeitliche Perspektive zu eröffnen (siehe Volker Rühe, Die zweite NATO-Erweiterung. Die Führungsstärke der Europäer ist gefragt, in: Internationale Politik, [2001] 6/, S. 19–24), da sich diese Frage nicht für »symbolische Gesten« eigne.

75 Russia: EU's Commissioner Discusses Kaliningrad's Future, by Sophie *Lambroschini* (http://www.rferl.org/nca/features/2001/01/18012001105114.asp).

76 Siehe zu diesem Argument schon im Kontext der letzten Runde der Erweiterung Christoph *Bertram*, Why NATO Must Enlarge, in: NATO Review, (1997) 2, S. 14–17.

77 So z.B. *Terlinden*, Die Erweiterung der NATO und ihr Verhältnis zu Rußland.

78 Dem steht allerdings das Argument gegenüber, daß man damit die denkbaren Spannungen mit Rußland nicht nur einmal, sondern zwei oder gar dreimal durchzustehen hat.

79 Näheres siehe Anhang III, S. 46f.

80 Siehe Tabelle 2 (Anhang I, S. 33).

handlungen der EU.[81] Es ist also unwahrscheinlich, daß sie demnächst der EU beitreten können.

Was den Verteidigungssektor betrifft, leisten sich zwar Bulgarien mit derzeit 3,3% und Rumänien mit 1,8% relativ hohe bzw. zumindest durchschnittliche Verteidigungsausgaben. In beiden Staaten ist eine deutliche Reduktion des Umfangs der Streitkräfte geplant, was als Teil substantieller Reformen zu betrachten ist. In Bulgarien sollten nach entsprechender Ankündigung die Streitkräfte seit 1999/2000 von über 70 000[82] auf 40 000 Soldaten und 5000 Zivilisten und in Rumäniens Armee von über 170 000 auf 112 000 Soldaten und 28 000 Zivilisten reduziert werden.[83] Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, daß es bei der Umstellung der vom Warschauer Pakt geprägten Militärstrukturen zu erheblichen Problemen bei der Koordination von Maßnahmen, bei der Umstellung vom traditionellen Patronagesystem auf ein leistungsbezogenes Beurteilungswesen des Personals sowie bei der Prioritätensetzung bezüglich der Aufgaben kommt.[84]

Zwar sind die Beiträge beider Staaten zu den NATO-Operationen auf dem Balkan derzeit noch relativ bescheiden. Aufgrund der Größe der Streitkräfte stünde jedoch nach Abschluß entsprechender Reformmaßnahmen ein nicht unerhebliches Potential zur Verfügung. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, daß Bulgarien und Rumänien voraussichtlich keinesfalls in naher Zukunft Mitglied der Europäischen Union werden können, was dafür spräche, sie aus kompensatorischen Gründen in die Allianz aufzunehmen. Die Situation ist somit nicht eindeutig. Zieht man in Betracht, daß eine schnelle Aufnahme die Handlungsfähigkeit der Allianz beeinträchtigen könnte, dürfte auch im Falle Rumäniens und Bulgariens eine flexible Vorgehensweise angemessen sein, die zwar nicht zur sofortigen Mitgliedschaft führt, jedoch deutliche politische Signale setzt.[85] Möglich wäre zum Beispiel, das Thema der Mitgliedschaft dieser Länder explizit auf die Tagesordnung eines der nächsten Gipfels zu setzen. Möglich wäre auch, auf dem Gipfel in Prag einen Termin für der Verhandlungsbeginn festzulegen. Diese Vorgehensweise würde jedoch die NATO weitgehend binden, was mit Blick auf die Entwicklung in diesen Ländern nicht unbedingt zu empfehlen ist.

81 Siehe ebd.
82 Siehe Tabelle 3 (Anhang I, S. 34).
83 Vgl. dazu *Simon*, NATO's Membership Action Plan (MAP) and Prospects for the Next Round of Enlargement, S. 10.
84 Ebd., S. 11.
85 Für die sofortige Mitgliedschaft plädiert William E. *Odom*, Macedonia's Lesson for NATO. To Avoid Future Balkan Wars, NATO Must Enlarge to Include Bulgaria and Romania, in: The Wall Street Journal Europe, 26.6.2001, S. 6. Er betont vor allem die Bereitschaft beider Länder der NATO Transit- und Stationierungsrechte im Zusammenhang mit den Balkan-Operationen einzuräumen sowie ihre Fortschritte bei der Lösung von Minoritätenfragen. Im Gegensatz zu dieser Studie glaubt er, daß nach einer Mitgliedschaft der Einfluß der Allianz auf die Staaten gewahrt bzw. erhöht werden könne.

Schluß

Die Analyse zeigt, daß die Kriterien, die an die Erweiterung angelegt werden, kein eindeutiges Bild ergeben. Es gibt keinen Königsweg zur NATO-Erweiterung. Dies wird deutlich, wenn man untersucht, wie sich Ausgangslage und Entscheidungskriterien (Ziele/Funktionen und Realisierungsbedingungen) auf die Erweiterung auswirken.

Dies soll im folgenden nochmals kurz deutlich gemacht werden:

- Das Ziel der Stabilisierung und Demokratisierung legt es nahe, die zivile Kontrolle der Streitkräfte zu betonen, keine großen Anforderungen an die Höhe des Verteidigungshaushalts zu stellen und vor allem diejenigen Staaten aufzunehmen, die strategisch exponiert sind. Wesentliche Konsequenz wäre, daß die baltischen Staaten als primäre Kandidaten in Betracht kämen. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zu dem Wunsch, sich Rußland längerfristig als strategischen Partner zu sichern.
- Die gewünschte Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung läßt es zweckmäßig erscheinen, diejenigen Staaten einzubeziehen, die in der nächsten Runde der EU-Erweiterung mit großer Wahrscheinlichkeit nicht berücksichtigt werden. Das bedeutet, daß primär an Rumänien und Bulgarien zu denken wäre. Diese beiden Staaten erfüllen jedoch die politischen und vor allem die militärischen Kriterien für die Erweiterung in nur sehr beschränktem Ausmaß.
- Wenn das Argument ernst genommen wird, daß die Erweiterung primär dazu dienen soll, vor den Gefahren zu schützen, die von Rußland auch heute noch ausgehen, dann müßten eigentlich möglichst alle Länder, die an Rußland grenzen, Mitglied werden. Dies steht im Konflikt mit den politischen und militärischen Kriterien und vor allen Dingen mit dem gegenläufigen Interesse, Rußland nicht zu brüskieren.
- Falls die Allianz durch die Erweiterung ihr militärisches Potential stärken will, müßte sie sich vor allem nach Südosten erweitern (vorausgesetzt Bulgarien und Rumänien forcieren den Umbau ihrer Streitkräfte), was wiederum den politischen und ökonomischen Kriterien widerspricht.
- Falls russische Interessen ausreichend berücksichtigt werden sollen, wäre nur eine minimale Erweiterung anzustreben; auf keinen Fall dürfte dann ein baltischer Staat Mitglied des Bündnisses werden. Dies würde jedoch praktisch bedeuten, daß Rußland ein Vetorecht wahrnimmt bzw. zugebilligt bekommt, was die Allianz explizit ausgeschlossen hat.
- Ein ähnliches Ergebnis ergibt sich, wenn ausschließlich das Ziel, die Handlungsfähigkeit der Allianz zu erhalten, in den Mittelpunkt gestellt wird. Die Folge wäre auch in diesem Falle eine Minimal-Erweiterung.

(Die Tabelle auf Seite 32 faßt zusammen, wie sich die einzelnen Entscheidungsfaktoren, wenn man sie isoliert betrachtet, auf die Entscheidung auswirken.) Fragt man nach den Optionen, die der NATO in dieser mehrdeutigen Situation zur Verfügung stehen, so ist zwischen dem verhandlungsstrategischen Grundansatz und den konkreten Entscheidungen bezüglich der Kandidaten zu unterscheiden.

Aus verhandlungsstrategischem Blickwinkel bleiben als Alternative zwei Möglichkeiten, zwischen denen eine Entscheidung zu treffen ist: Einer konditionierten großen Lösung und einem Ansatz, der einen Staat oder eine Gruppe zu Verhandlungen einlädt und die übrigen Staaten im Lichte der Kriterien in differenzierter Weise weiterhin auf die Mitgliedschaft vorbereitet bzw. konkrete Verhandlungstermine benennt. Bei einer Kosten-/Nutzen-Abwägung dürfte die zweite Methode geeigneter sein, weil sie diejenigen Staaten prämiert, die die Kriterien zwar nicht perfekt, aber doch befriedigend erfüllen und darüber hinaus gleichzeitig die Dynamik des Prozesses aufrechterhält.

Im Hinblick auf die einzelnen Bewerber ist unumstritten, daß Slowenien und die Slowakei aufgenommen werden sollen. Keine Chance haben hingegen Albanien und Mazedonien. Damit gilt es, Entscheidungen mit Blick auf die baltischen Staaten sowie Bulgarien und Rumänien zu bewerten.

Das Baltikum kann nicht ausgespart werden. Mit der Ablehnung einer geographischen Begrenzung

und der Zurückweisung eines russischen Vetorechts hat sich das Bündnis letztlich darauf festgelegt, zumindest einen baltischen Staat aufzunehmen und längerfristig die Interessen der baltischen Staaten zu berücksichtigen. Würde die Allianz das Zugehörigkeitsinteresse dieser kleinen Staaten auf dem Altar russischer Einwände opfern, käme es zur Förderung einer Tendenz, die Kritiker als eine Konsequenz der NATO-Erweiterung befürchten, nämlich das Denken in Kategorien von Einflußzonen und Grenzziehungen. Wenn Rußland derzeit keine klare Option auf eine Mitgliedschaft in der NATO gegeben wird, was sinnvoll erscheint, so bieten sich verschiedene Ausgleichsmaßnahmen an. Denkbar wäre auch, daß sich die Beziehungen zur Allianz, etwa durch amerikanisch-russische Kooperation auf dem Gebiet der Raketenabwehr bzw. durch eine Verknüpfung von Raketenabwehr und nuklearer Abrüstung so entscheidend verbessern, daß die Erweiterung der NATO für Rußland akzeptabel erschiene. Ohnehin gilt das Argument, daß auch unter Putin, wie bei der letzten Erweiterung, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen die russische Kritik an der Erweiterung dämpfen wird. Wenn ein baltischer Staat aufgenommen werden sollte, könnte die NATO die beiden anderen allerdings mit Blick auf politische und militärische Kriterien durchaus differenziert im Sinne der oben angeführten flexiblen Strategie behandeln.

Rumänien und Bulgarien lassen deutliche Schwächen im politischen und wirtschaftlichen Bereich erkennen und haben auch große Probleme beim Umbau ihrer Streitkräfte. Dies spricht gegen eine baldige Mitgliedschaft. Abgesehen von den Fortschritten, die beide Länder gemacht haben, sprechen andererseits zwei Argumente dafür, sie bald in die Allianz aufzunehmen: Erstens, dies wäre eine Art Ausgleich dafür, daß diese Staaten wohl keine Chance haben, in absehbarer Zeit Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Zweitens verfügen sie über ein Streitkräftepotential, das in Anbetracht der Einsätze auf dem Balkan für die Allianz nützlich sein kann. Insgesamt dürfte auch im Falle dieser beiden Staaten eine flexible Vorgehensweise angemessen sein, die zwar nicht zur sofortigen Mitgliedschaft führen kann, jedoch politisch signalisiert, daß das Thema der Mitgliedschaft dieser Länder explizit auf die Tagesordnung eines der nächsten Gipfels gesetzt wird.

Anhang I: Die NATO Erweiterung 2002: militärische und ökonomische Fakten

Tabelle 1
Ziele und Funktionen – Konsequenzen für Erweiterungskriterien

Ziele und Funktionen	*Konsequenzen für Erweiterungskriterien*
Stabilisierung und Demokratisierung	Betonung der »soft factors« (zivile Kontrolle des Militärs, Demokratisierung), keinen Druck auf deutliche Erhöhung der Verteidigungsaufgaben; primäre Aufnahme von Staaten, die strategisch exponiert sind.
Komplementarität von EU- und NATO-Erweiterung	Konvergenz der Mitgliedschaften anstreben (Schweden, Österreich, Finnland plus neue EU-Mitglieder); Insbesondere sind diejenigen Staaten aufzunehmen, die bei der EU-Erweiterung in dieser Runde nicht dabei sein werden.
Schutz vor Rußland	Schnelle und möglichst umfassende Erweiterung. Fähigkeit der NATO, diese Länder im Falle eines ernsthaften Angriffs derzeit auch vor Ort verteidigen zu können, ist kurz- und mittelfristig sekundär.
Mehr Potential für die Allianz	Von den beitrittswilligen Staaten wären vorrangig Rumänien und Bulgarien aufnehmen. Sie alleine verfügen über ein signifikantes militärisches Potential. Eine schrittweise Erweiterung ist zu präferieren, damit diese Staaten die notwendige substantiellen Reformen ihrer Streitkräfte durchführen können.
Realisierungsbedingungen	
Kontrolle des Prozesses	Muß beibehalten werden (kein Gruppenansatz), um den Prozeß besser steuern zu können; NATO muß Entscheidungen für Kompromisse offenhalten.
Rußland einbinden	Optionen gemäß der Rangfolge der Berücksichtigung russischer Kritik: Keine Erweiterung, Erweiterung ohne baltische Staaten, »big deal«, stärkere Einbeziehung Rußlands in die Entscheidungsprozesse der Allianz, entsprechende Gestaltung der Bedingungen der Erweiterung, wie bei der letzten Runde der Erweiterung
Erhalt der Handlungsfähigkeit der NATO	Politisch gesehen werden sich die neuen Mitglieder wahrscheinlich gut einfügen. Allerdings würde der Beitritt einer großen Zahl von Staaten praktische Probleme im Entscheidungsprozeß mit sich bringen. Insofern wäre eine schrittweise Vorgehensweise zu bevorzugen. Ähnliches gilt für den militärischen Bereich.

Tabelle 2
Status der NATO- und EU-Kandidaten

	NATO-Bewerber	*EU-Bewerber*	*Bemerkungen zum Stand der Bewerbung bei NATO und EU*[a]	*Freedom in the World Country Ratings*[b]
Albanien	X		Derzeit kein ernsthafter NATO-Kandidat	4,5 (teilweise frei)
Bulgarien	X	X	In Gruppe der Schlußlichter bei EU-Verhandlungen	2,3 (frei)
Estland	X	X	In 2. Gruppe der EU-Verhandlungen	1,2 (frei)
Litauen	X	X	In 3. Gruppe der EU-Verhandlungen	1,2 (frei)
Lettland	X	X	In 3. Gruppe der EU-Verhandlungen	1,2 (frei)
Rumänien	X	X	In Gruppe der Schlußlichter bei EU-Verhandlungen	2,2 (frei)
Slowenien	X	X	In 2. Gruppe der EU-Verhandlungen	1,2 (frei
Slowakei	X	X	In 2. Gruppe der EU-Verhandlungen	1,2 (frei)
Mazedonien	X		Derzeit kein ernsthafter NATO-Kandidat	4,3 (teilweise frei)
Polen	NATO-Mitglied	X	Derzeit drittletzter Platz vor Rumän. und Bulg.	
Ungarn	NATO-Mitglied	X	Derzeit in EU-Spitzengruppe	
Tschechien	NATO-Mitglied	X	In 2. Gruppe der EU-Verhandlungen	
Zypern		X	Derzeit in EU-Spitzengruppe	
Malta		X	In 3. Gruppe der EU-Verhandlungen	
Türkei	NATO-Mitglied	X	Ist einziger Bewerber der EU, der die politischen Kriterien nicht erfüllt.	

a Quelle für den Verhandlungsstand der EU-Erweiterung: Jahresbericht der Kommission (November 2000) und FAZ, 28.6.2001, S. 6.
b Die Zahlen messen (von links nach rechts) den Freiheitsgrad bei politischen und zivilen Freiheiten. Sie werden in der dritten Spalte zum »Freiheits-Status« zusammengefaßt. Die Zahl 1 repräsentiert den höchsten, 7 den niedrigsten Freiheitsgrad (http://www.freedomhouse.org/ratings).

Die MAP-Staaten

Tabelle 3
Streitkräfteumfang der MAP-Staaten

	Landstreitkräfte		*Seestreitkräfte*		*Luftstreitkräfte*		*Aktiv*	*Reserve*
Albanien	40 000		2500		4500		–	–
Bulgarien	42 400	(33 000)	5260	(2000)	18 300		79 760	303 000
Estland	4320	(2600)	250	(140)	140	(50)	4800	14 000
Lettland	2400	(1330)	840	(360)	210		5050	14 500
Litauen	9340	(3720)	560	(280)	800		12 700	355 650*
Mazedonien	15 000		---		unter 700		16 000	60 000
Rumänien	106 000	(71 000)	20 800	(12 600)	43 500	(25 000)	207 000	470 000
Slowakei	23 800	(13 600)	---		11 500		38 600	20 000
Slowenien	9000	(4.-5000)	---		---		9000	61 000

* Darunter befindet sich eine große Anzahl (327 950) sogenannter 'second line reserves', die bis zum 59. Lebensjahr zu Reserveaktionen einberufen werden können.
Quelle: Military Balance 2000/2001 (in Klammern die Anzahl der Wehrdienstleistenden).

Tabelle 4
Beiträge der Aufnahmekandidaten zu Peace-Keeping-Operationen

	2000		*1999*		*1998*	*1997*	*1996*	*Verteidigungsausg./BIP (in %)*				
	KFOR	SFOR II	KFOR	SFOR II	SFOR II	SFOR	IFOR	1999	1998	1997	1996	1995
Albanien	–	100	–	100	100	36	–	3,56	6,67	6,71	6.67	6,36
Bulgarien	ca. 40 Soldaten[a]	ca. 30 Soldaten	–	ca. 30–40 Soldaten	–	16 (UNMIBH[b])	30 (UNMIBH)	3,27	3,72	3,36	3,29	3,21
Estland	–	46	–	46	44	46[c]; 18 (UNMIBH)	9 (UNMIBH)	1,58	1,27	2,53	2,45	2,81
Lettland	10	40	–	40	40	40	–	0,97	2,50	4,59	3,50	3,27
Litauen	30	41	–	41	41	140; 8 (UNTAES[d])	–	0,99	1,27	4,35	4,31	4,11
FYROM	–	–	–	–	–	–	–	1,97	2,0[e]	10,15	9,23	8,92
Rumänien	–	200; 1 IngBat[f]	–	200; 1IngBat	150; 1 IngBat	208[g]; 1 IngBat	ca. 200	1,84	2,33	2,27	2,26	2,91
Slowakei	40	–	–	–	–	560; 1 IngBat (UNTAES)	593; 1 IngBat (UNTAES)	1,78	2,03	2,12	2,61	2,90
Slowenien	6	–	–	–	–	–	–	1,40	1,68	1,72	1,76	1,85

a Gemäß Homepage des bulgarischen Verteidigungsministeriums (http://www.md.government.bg/_en_/index.htm) und www.kforonline.com.
b In Bosnien stationierte Zivilpolizisten (UN Mission in Bosnia and Herzegovina/UNMIBH).
c Davon 44 in Bosnien, 2 in Kroatien.
d In Kroatien stationierte Zivilpolizisten (UN Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium/UNTAES).
e Der Rückgang von ca. 10% auf 2% erklärt Military Balance durch eine knappe GDP-Verdreifachung bei gleichzeitiger Halbierung der Verteidigungsausgaben.
f Ingenieurbataillon.
g Davon 204 in Bosnien, 4 in Kroatien.

Quelle: * Military Balance 1999/2000, ** Military Balance 2000/2001.

Die drei neuen Mitgliedstaaten

Tabelle 5
Entwicklung der Wirtschaft seit 1995 in Polen

	1995	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000 (Schätzung)*	*2001 (Prognose)*
BIP (nominal/Mio. US$)	117 951	134 568	135 420	157 062	154 170	162 102	186 413
BIP (real/Veränderung in %)	7,0	6,1	6,9	4,8	4,1	5,2	5,0
BIP pro Kopf (US$)	3055	3483	3503	4062	3988	4195	4824
ausländische DI (Mrd US$/kumuliert)	6,832	12,028	17,705	---	38,9	---	---
Arbeitslosenquote (in %)	14,9	13,2	10,5	10,4	13,0	14,0	14,0
Inflationsrate (in %; Durchschnitt p.a.)	27,8	19,9	14,9	11,8	7,3	9,6	6,5
Staatshaushalt (Saldo/in % BIP)	−2,6	−2,5	−1,3	−2,4	−2,0	−2,5	−2,2
Leistungsbilanz (Saldo/Mio. US$)	5455	−1352	−4268	−6858	−11 569	−11 600	−11 500
Auslandsverschuldung (Mio. US$)	42 291	40 895	37 500	47 708	52 000	54 000	56 000
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	35,9	30,4	27,7	30,4	33,7	33,3	30,0
Auslandsverschuldung (in % der Exporte)	162,2	147,1	121,2	141,1	161,7	173,6	163,3

* Quelle: F.A.Z.-Institut (Länderdienste).

Tabelle 6
Entwicklung der Wirtschaft seit 1995 in Ungarn

	1995	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000 (Schätzung)*	*2001 (Prognose)*
BIP (nominal/Mio. US$)	44 254	45 449	45 872	47 400	49 260	47 021	55 261
BIP (real/Veränderung in %)	1,5	1,3	4,4	4,9	4,5	5,8	5,0
BIP pro Kopf (US$)	4330	4460	4506	4679	4872	4656	5471
ausländische DI (Mrd US$/kumuliert)	11,919	14,690	15,882	18,255	18,767	ca. 19,0	---
Arbeitslosenquote (in %)	---	---	---	9,1	9,3	9,0	8,8
Inflationsrate (in %; Durchschnitt p.a.)	28,3	23,5	18,3	14,4	10,3	9,5	7,0
Staatshaushalt (Saldo/in % BIP)	−6,4	−3,1	−4,5	−6,2	−3,6	−3,6	−3,5
Leistungsbilanz (Saldo/Mio. US$)	−2535	−1689	−981	−2304	−2076	−1744	−1630
Auslandsverschuldung (Mio. US$)	31 248	27 646	23 747	26 747	29 279	31 000	33 000
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	70,6	60,8	51,8	56,4	59,4	65,9	59,7
Auslandsverschuldung (in % der Exporte)	165,1	135,9	94,8	98,7	103,5	101,6	98,5

* Quelle: F.A.Z.-Institut (Länderdienste)

Tabelle 7
Entwicklung der Wirtschaft seit 1995 in der Tschechischen Republik

	1995	*1996*	*1997*	*1998*	*1999*	*2000 (Schätzung)*	*2001 (Prognose)*
BIP (nominal/Mio. US$)	47 176	52 091	52 038	55 708	53 120	51 761	50 409
BIP (real/Veränderung in %)	6,3	3,9	1,0	−2,2	−0,2	2,5	3,5
BIP pro Kopf (US$)	4567	5048	5042	5414	5167	5040	4908
ausländische DI (Mrd US$/kumuliert)	7350	8572	9234	14 375	16 246	---	---
Arbeitslosen-quote (in %)	---	---	---	7,5	9,4	11,0	11,0
Inflationsrate (in %; Durchschnitt p.a.)	9,1	8,8	8,5	10,7	2,1	4,5	4,0
Staatshaushalt (Saldo/in % BIP)	0,6	−0,1	−1,0	−1,6	−1,6	−2,0	−1,9
Leistungsbilanz (Saldo/Mio. US$)	1374	−4299	−3156	−1391	−1058	−1112	−234
Auslandsverschuldung (Mio. US$)	16 576	20 412	21 200	25 301	23 000	25 000	26 000
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	35,1	39,2	40,7	45,4	43,3	48,3	51,6
Auslandsverschuldung (% der Exporte)	58,8	68,3	68,6	74,6	68,1	65,5	62,3

* Quelle: F.A.Z.-Institut (Länderdienste)

Tabelle 8
Beiträge Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik zu SFOR II/KFOR

	SFOR II	*KFOR*
Polen	290 (Bosnien) 1 Luftlandebataillon (Bosnien)	763*
Ungarn	310 (Kroatien) 1 Ingenieurbataillon (Kroatien) 4 Beobachter (Bosnien)	325**
Tschechische Republik	Ca. 560 (Bosnien) 1 Mechaniker-Infanteriebataillon (Bosnien)	175***

* **Polen** stellt seit dem 12. Juni 1999 eine Truppeneinheit in Bataillonsstärke (18tes Luftangriffsbataillon), die in Camp Bondsteel (unter Kommando der USA mit Standort Urosevac) stationiert ist. Zu den Hauptaufgaben der Einheit zählen die Überwachung und Verifizierung des militärisch-technischen Abkommens (Military Technical Agreement; http://www.nato.int/kosovo/docu/a990609a.htm) sowie humanitäre Hilfsleistungen zur Unterstützung des UNHCR.
** **Ungarn** stellt seit dem 20. Juli 1999 eine Truppenkontingent, das sich aus einem Zug für das Hauptquartier, einer Logistikkompanie sowie zwei Wachkompanien (guard companies) besteht. Diese 325 Mann umfassende Truppe wird fast ausschließlich für Wach- und Sicherheitsdienste im KFOR Hauptquartier Priština eingesetzt.
*** Die **Tschechische Republik** ist seit dem 31. Januar 2000 mit einer 175 Mann starken Aufklärungskompanie am Einsatz der KFOR beteiligt. Die Kompanie ist zusammen mit einer schottischen Einheit im Norden des Multinationalen Brigadezentrums (unter Kommando der Briten) in Shajkovac stationiert. Das Kontingent soll unterstützend für die Mission der UNMIK tätig werden, und dabei vor allem das militärisch-technische Abkommen überwachen. Zudem werden durch die Kompanie Grenzkontrollen im Gebiet Orlane vorgenommen.

Quellen: Military Balance 2000/2001 und www.kforonline.com.

Anhang II: Relevante NATO-Dokumente

The Washington Declaration*

Signed and issued by the Heads of State and Government
participating in the meeting
of the North Atlantic Council in Washington D.C.
on 23rd and 24th April 1999

1. We, the Heads of State and Government of the member countries of the North Atlantic Alliance, declare for a new century our mutual commitment to defend our people, our territory and our liberty, founded on democracy, human rights and the rule of law. The world has changed dramatically over the last half century, but our common values and security interests remain the same.

2. At this anniversary summit, we affirm our determination to continue advancing these goals, building on the habits of trust and co-operation we have developed over fifty years. Collective defence remains the core purpose of NATO. We affirm our commitment to promote peace, stability and freedom.

3. We pay tribute to the men and women who have served our Alliance and who have advanced the cause of freedom. To honour them and to build a better future, we will contribute to building a stronger and broader Euro-Atlantic community of democracies – a community where human rights and fundamental freedoms are upheld; where borders are increasingly open to people, ideas and commerce; where war becomes unthinkable.

4. We reaffirm our faith, as stated in the North Atlantic Treaty, in the purposes and principles of the Charter of the United Nations and reiterate our desire to live in peace with all nations, and to settle any international dispute by peaceful means.

5. We must be as effective in the future in dealing with new challenges as we were in the past. We are charting NATO's course as we enter the 21st century: an Alliance committed to collective defence, capable of addressing current and future risks to our security, strengthened by and open to new members, and working together with other institutions, Partners and Mediterranean Dialogue countries in a mutually reinforcing way to enhance Euro-Atlantic security and stability.

6. NATO embodies the vital partnership between Europe and North America. We welcome the further impetus that has been given to the strengthening of European defence capabilities to enable the European Allies to act more effectively together, thus reinforcing the transatlantic partnership.

7. We remain determined to stand firm against those who violate human rights, wage war and conquer territory. We will maintain both the political solidarity and the military forces necessary to protect our nations and to meet the security challenges of the next century. We pledge to improve our defence capabilities to fulfill the full range of the Alliance's 21st century missions. We will continue to build confidence and security through arms control, disarmament and non-proliferation measures. We reiterate our condemnation of terrorism and our determination to protect ourselves against this scourge.

8. Our Alliance remains open to all European democracies, regardless of geography, willing and able to meet the responsibilities of membership, and whose inclusion would enhance overall security and stability in Europe. NATO is an essential pillar of a wider community of shared values and shared responsibility. Working together, Allies and Partners, including Russia and Ukraine, are developing their cooperation and erasing the divisions imposed by the Cold War to help to build a Europe whole and free, where security and prosperity are shared and indivisible.

9. Fifty years after NATO's creation, the destinies of North America and Europe remain inseparable. When we act together, we safeguard our freedom and security and enhance stability more effectively than any of us could alone. Now, and for the century about to begin, we declare as the fundamental objectives of this Alliance enduring peace, security and liberty for all people of Europe and North America.

* http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-063e.htm.

Membership Action Plan (MAP)*

1. The door to NATO membership under Article 10 of the North Atlantic Treaty remains open. The Membership Action Plan (MAP), building on the Intensified, Individual Dialogue on membership questions, is designed to reinforce that firm commitment to further enlargement by putting into place a programme of activities to assist aspiring countries in their preparations for possible future membership. It must be understood that decisions made by aspirants on the basis of advice received will remain national decisions undertaken and implemented at the sole responsibility of the country concerned.

2. The programme offers aspirants a list of activities from which they may select those they consider of most value to help them in their preparations. Active participation in PfP and EAPC mechanisms remains essential for aspiring countries who wish to further deepen their political and military involvement in the work of the Alliance.

3. Any decision to invite an aspirant to begin accession talks with the Alliance will be made on a case-by-case basis by Allies in accordance with paragraph 8 of the Madrid Summit Declaration, and the Washington Summit Declaration. Participation in the Membership Action Plan, which would be on the basis of self-differentiation, does not imply any timeframe for any such decision nor any guarantee of eventual membership. The programme cannot be considered as a list of criteria for membership.

Implementation

1. The Membership Action Plan, which is a practical manifestation of the Open Door, is divided into five chapters. These chapters are:

I. Political and Economic issues
II. Defence/Military issues
III. Resource issues
IV. Security issues
V. Legal issues

Within each, the MAP identifies issues that might be discussed (non-exhaustive) and highlights mechanisms through which preparation for possible eventual membership can best be carried forward.

The list of issues identified for discussion does not constitute criteria for membership and is intended to encompass those issues which the aspiring countries themselves have identified as matters which they wish to address.

2. Each aspiring country will be requested to draw up an annual national programme on preparations for possible future membership, setting objectives and targets for its preparations and containing specific information on steps being taken, the responsible authorities and, where appropriate, a schedule of work on specific aspects of those preparations. It would be open to aspirants to update the programme when they chose. The programme would form a basis for the Alliance to keep track of aspirants' progress and to provide feedback.

3. Meetings will take place in a 19+1 format in the Council and other bodies and in NATO IS/NMA Team formats as appropriate.

4. Feedback and advice to aspirants on MAP issues will be provided through mechanisms based on those currently in use for Partners, 19+1 meetings and NATO Team workshops. These workshops will be held, when justified, to discuss particular issues drawn from the MAP.

5. The NATO Team will normally be headed by the appropriate Assistant Secretary General, Assistant Director of the International Military Staff, Head of Office or his representative. The NATO Team will liaise closely with the appropriate NATO bodies regarding advice to aspirants. Relevant procedures will be refined over time as experience is gained. Aspirants should make requests in writing for workshops to ASG/PA. He will be responsible for the implementation of the Membership Action Plan and the scheduling of meetings under the overall direction and coordination of the SPC(R).

6. Each year the Alliance will draw up for individual aspirants a report providing feedback focused on progress made in the areas covered in their annual national programmes. This document would form the basis of discussion at a meeting of the North Atlantic Council with the aspirant country. The report would help identify areas for further action, but it would remain at the aspirant's discretion to commit itself to taking further action.

* http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-066e.htm.

I. Political and Economic Issues

1. Aspirants would be offered the opportunity to discuss and substantiate their willingness and ability to assume the obligations and commitments under the Washington Treaty and the relevant provisions of the Study on NATO Enlargement. Future members must conform to basic principles embodied in the Washington Treaty such as democracy, individual liberty and other relevant provisions set out in its Preamble.

2. Aspirants would also be expected:

a. to settle their international disputes by peaceful means;
b. to demonstrate commitment to the rule of law and human rights;
c. to settle ethnic disputes or external territorial disputes including irredentist claims or internal jurisdictional disputes by peaceful means in accordance with OSCE principles and to pursue good neighbourly relations;
d. to establish appropriate democratic and civilian control of their armed forces;
e. to refrain from the threat or use of force in any manner inconsistent with the purposes of the UN;
f. to contribute to the development of peaceful and friendly international relations by strengthening their free institutions and by promoting stability and well-being;
g. to continue fully to support and be engaged in the Euro-Atlantic Partnership Council and the Partnership for Peace;
h. to show a commitment to promoting stability and well-being by economic liberty, social justice and environmental responsibility.

3. Moreover, aspirants would be expected upon accession:

a. to unite their efforts for collective defence and for the preservation of peace and security;
b. to maintain the effectiveness of the Alliance through the sharing of responsibilities, costs and benefits;
c. to commit themselves to good faith efforts to build consensus on all issues;
d. to undertake to participate fully in the Alliance consultation and decision-making process on political and security issues of concern to the Alliance;
e. to commit themselves to the continued openness of the Alliance in accordance with the Washington Treaty and the Madrid and Washington Summit Declarations.

Implementation

4. Aspirants will be expected to describe how their policies and practice are evolving to reflect the considerations set out above (in paragraphs 1–2 above), and to provide their views on, and substantiate their willingness and ability to comply with other-parts of the NATO 'acquis', including the NATO Strategic Concept, the development of the European Security and Defence Identity within the Alliance, the NATO-Russia Founding Act and the NATO-Ukraine Charter.

5. Aspirants would be expected to provide information on an annual basis on the state of their economy, including main macro-economic and budgetary data as well as pertinent economic policy developments.

6. Aspirants would be asked to provide a written contribution to the NATO Team, which would then be passed directly on to the Allies for their comments. After appropriate consultation in the Alliance, the NATO Team would then convene a meeting to discuss the contribution provided and relevant political issues. Such meetings would be held yearly; additional meetings could be convened upon mutual agreement.

7. An annual Senior Political Committee (Reinforced) meeting will be held to provide direct feedback from Allies to individual aspirants.

II. Defence/Military Issues

1. The ability of aspiring countries to contribute militarily to collective defence and to the Alliance's new missions and their willingness to commit to gradual improvements in their military capabilities will be factors to be considered in determining their suitability for NATO membership. Full participation in operational PfP is an essential component, as it will further deepen aspirants' political and military ties with the Alliance, helping them prepare for participation in the full range of new missions. New members of the Alliance must be prepared to share the roles, risks, responsibilities, benefits and burdens of common security and collective defence. They should be expected to subscribe to Alliance strategy as set out in the Strategic Concept and as laid out in other Ministerial statements.

2. Aspirants would be expected upon accession:

a. to accept the approach to security outlined in the Strategic Concept;
b. to provide forces and capabilities for collective defence and other Alliance missions;
c. to participate, as appropriate, in the military structure;
d. to participate, as appropriate, in the Alliance's collective defence planning;
e. to participate, as appropriate, in NATO agencies;
f. to continue fully to support PfP and the development of cooperative relations with non-NATO Partners;
g. to pursue standardization and/or interoperability.

Implementation

3. The following measures are designed to help aspirants develop the capabilities of their armed forces, including by enhancing interoperability, to be able to contribute to the effectiveness of the Alliance and thus demonstrate their suitability for future membership. The measures build where possible on extant initiatives.

a. Aspirants will be able in accordance with existing PfP procedures to request tailored Individual Partnership Programmes to better focus their participation in PfP directly on the essential membership related issues. Within each IPP, certain generic areas would be marked as being essential for aspirants, and aspirants would be invited to give due priority to those areas of cooperation.
b. Annual Clearinghouse meetings for aspirants in a 19+1 format would be developed to help coordinate bilateral and multilateral assistance and maximise their mutual effectiveness to better assist them in their preparations for membership.
c. Within the general framework of the expanded and adapted PARP and in accordance with PARP procedures, planning targets specifically covering areas most directly relevant for nations preparing their force structures and capabilities for possible future Alliance membership will be elaborated with aspirants. Aspirants will undergo a review process on their progress in meeting these planning targets.
d. These planning targets will be established on the basis of consultations between each aspiring country and NATO and may be applied to any component of their force structures, rather than solely to their PfP-declared forces.
e. PARP Ministerial Guidance will include approaches and specific measures which aspirants might adopt, in the context of the MAP, to prepare their forces for possible future NATO membership.
f. The PARP Survey will be used for aspirants to seek more information and data in a number of areas, for example, general defence policy, resources, and present and planned outlays for defence.
g. As a sign of transparency, and in accordance with PARP procedures: aspirants will be encouraged to circulate individual PARP documents to other aspirants in addition to circulating them to NATO Allies; and aspirants will be encouraged to invite, in particular, other aspiring countries to participate in the review process on planning targets.
h. Aspirants will be invited to observe and participate in selected, clearly defined phases of NATO-only exercises when Council decides to open these in accordance with current procedures. Priority consideration will be given to ensuring exercise effectiveness.
i. Any future NATO facilities established for the assessment of Partner forces for NATO-led peace support operations and of Partner performance in NATO/PfP exercises and operations will be used to assess the degree of interoperability and the range of capabilities of aspirants' forces. If these assessment facilities are extended to encompass forces beyond those for peace support operations, they will be used to assist aspirants.
j. Appropriate use may be made of simulation technology for training forces and procedures.

III. Resource Issues

1. New Alliance members would be expected to commit sufficient budget resources to allow themselves to meet the commitments entailed by possible membership. National programmes of aspirants must put in place the necessary structures to plan and implement defence budgets that meet established defence priorities and make provision for training schemes to familiarise staff with NATO practices and procedures in order to prepare for possible future participation in Alliance structures.

2. Aspirants would be expected upon accession:
a. to allocate sufficient budget resources for the implementation of Alliance commitments;
b. to have the national structures in place to deal with those budget resources;
c. to participate in the Alliance's common-funded activities at agreed cost shares;
d. to participate in Alliance structures (permanent representation at the NATO HQ; military representation in the NATO command structure; participation, as appropriate, in NATO Agencies).

Implementation
3. Through existing mechanisms, including those within PfP, possible internships and training sessions, and NATO Team workshops, aspirants upon request will be:
a. provided advice on their development of national structures, procedures and mechanisms to deal with the above issues and to ensure the most efficient use of their defence spending;
b. assisted in training the staff needed to man those structures and work in and with NATO.

IV. Security Issues
1. Aspirants would be expected upon accession to have in place sufficient safeguards and procedures to ensure the security of the most sensitive information as laid down in NATO security policy.

Implementation
1. Appropriate courses may be made available, on request, to aspiring countries on Personnel, Physical, Document, Industrial Security and INFOSEC. Individual programmes for aspirants may be developed as warranted. The NATO Security and Special Committees may wish to meet with aspirants, whenever they judge it necessary or useful.

V. Legal issues
1. In order to be able to undertake the commitments of membership, aspirants should examine and become acquainted with the appropriate legal arrangements and agreements which govern cooperation within NATO. This should enable aspirants to scrutinize domestic law for compatibility with those NATO rules and regulations. In addition, aspirants should be properly informed about the formal legal process leading to membership.
a. New members, upon completion of the relevant procedures, will accede to: The North Atlantic Treaty (Washington, 4th April 1949)
b. Upon invitation, new members should accede to:
   i. The Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the status of their forces (London SOFA) (London, 19th June 1951)
   ii. The Protocol on the status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty (Paris Protocol) (Paris, 28th August 1952)
c. It is expected that new members accede to the following status agreements:
   i. The Agreement on the status of the North Atlantic Treaty Organization, National Representatives and International Staff (Ottawa Agreement) (Ottawa, 20th September 1951)
   ii. The Agreement on the status of Missions and Representatives of third States to the North Atlantic Treaty Organization (Brussels Agreement) (Brussels, 14th September 1994)
d. It is expected that new members accede to the following technical agreements:
   i. The Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty for the Security of Information (Brussels, 6th March 1997)
   ii. The Agreement for the mutual safeguarding of secrecy of inventions relation to defence and for which applications for patents have been made (Paris, 21st September 1960)
   iii. The NATO Agreement on the communication of technical information for defence purposes (Brussels, 19th October 1970)
e. For possible eventual access to ATOMAL information, new members would be expected to accede to:
   i. the "Agreement for Cooperation Regarding Atomic Information" (C-M(64)39 – Basic Agreement);
   ii. the "Administrative Arrangements to Implement the Agreement" (C-M(68)41, 5th Revise);
f. Domestic legislation of aspirants should, as much as possible, be compatible with the other arrangements and implementation practices which govern NATO-wide cooperation.

Implementation
2. NATO Team workshops will provide for briefings on legal issues and discussions on the steps that would have to be taken. Aspirants could provide information on existing legal arrangements and the steps that would have to be taken to accede to

the agreements, including whether or not there are any constitutional/legal barriers to doing so.

3. Aspirants might also provide information on whether and how domestic legislation might impede immediate and full integration into Alliance activities. Exchange of information and experience on this issue could take place with all aspirants as appropriate.

Anhang III:
Auszüge aus den regelmäßigen Berichten der EU-Kommission über die Fortschritte der Beitrittskandidaten vom November 2000

Zu **Estland** heißt es unter anderem: »Estland erfüllt nach wie vor die politischen Kriterien von Kopenhagen. Es hat die Verwirklichung der meisten in der Beitrittspartnerschaft 1999 für diesen Bereich ausgewiesenen kurzfristigen prioritären Ziele in Angriff genommen, darunter die Änderung des Sprachengesetzes, die Verabschiedung des staatlichen Integrationsprogramms für Nichtesten, die Verbesserung der Richterausbildung und die Besetzung freier Richterstellen. Ferner wurden Schritte eingeleitet, um die Kapazitäten des Amtes für Staatangehörigkeits- und Migrationsfragen für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung bzw. auf Verleihung der estnischen Staatsangehörigkeit zu erweitern. Bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sind nur begrenzte Fortschritte zu verzeichnen ... Die Koordinierung zwischen den Justizbehörden muß verstärkt und die Straf- und Zivilrechtsreform beschleunigt werden. Estland sollte weitere Anstrengungen zur Integration der Einwohner, die nicht die estnische Staatsangehörigkeit besitzen, zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und zur Verbesserung der Funktionsweise der Justiz unternehmen, um die in der Beitrittspartnerschaft 1999 für diese Bereiche ausgewiesenen mittelfristigen prioritären Ziele zu erreichen.« (S. 22).

Zu Litauen: »Litauen erfüllt auch weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen. Bei der Reform der öffentlichen Verwaltung hat Litauen im Einklang mit den betreffenden mittelfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft bei der Umsetzung des Gesetzes über die öffentliche Verwaltung und des Gesetzes über den öffentlichen Dienst Fortschritte erzielt. Im Zuge der Reform müssen weitere Probleme in Angriff genommen werden, namentlich das Besoldungsniveau, die Fortbildung von Beamten und die bessere interministerielle Koordinierung. Die Reform des Justizwesens ist mit der Verabschiedung des Zivilgesetzbuches und des Strafgesetzbuches ein beträchtliches Stück vorangekommen. Im Bereich der Korruptionsbekämpfung müssen die bereits getroffenen umfangreichen Maßnahmen durch die Annahme einer staatlichen Strategie für die Korruptionsbekämpfung ergänzt werden.«

Zu Lettland: »Lettland erfüllt nach wie vor die politischen Kriterien von Kopenhagen. Im letzten Jahr wurden Fortschritte bei der Reform der öffentlichen Verwaltung erzielt, einschließlich der Annahme eines neuen Gesetzes über den öffentlichen Dienst, der Verbesserung des Funktionierens der Judikative und der Schaffung des Rahmens für die Korruptionsbekämpfung. Mehrere wichtige Schritte wurden zur Förderung der Eingliederung von Nichtstaatsangehörigen unternommen, unter anderem durch die Verabschiedung eines Sprachengesetzes und entsprechender Durchführungsverordnungen, die im wesentlichen mit den internationalen Verpflichtungen Lettlands und dem Europa-Abkommen im Einklang stehen, sowie der Durchführung eines Programms zur gesellschaftlichen Integration in Lettland. Damit ist Lettland bei der Verwirklichung der kurzfristigen prioritären Ziele der Beitrittspartnerschaft vorangekommen.

Nun ist es erforderlich, die Reform der öffentlichen Verwaltung insbesondere durch die Annahme zentraler Rechtsvorschriften fortzusetzen und zu beschleunigen, das Justizsystem weiter zu stärken und die Korruption durch breitangelegte Maßnahmen weiter zu bekämpfen.«

Zu Bulgarien: »Bulgarien erfüllt weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen. Bei der Annahme und auch der Umsetzung der zur Durchführung des Gesetzes über den öffentlichen Dienst erforderlichen sekundären Rechtsvorschriften hat Bulgarien Fortschritte gemacht. Der Erlaß des Gesetzes über den Schutz von Kindern im Juni 2000, das die Einsetzung einer staatlichen Agentur für den Schutz von Kindern vorsieht, stellte einen weiteren positiven Schritt dar. Es wurde jedoch nur sehr wenig zur Verbesserung der Justiz getan, die weiterhin schwach ist. Auch die Korruption stellt weiterhin ein sehr ernstes Problem dar. Eine umfassende transparente Strategie der Korruptionsbekämpfung mit ausdrücklicher Unterstützung seitens der Regierung und des Parlaments wäre hilfreich. Seit der Annahme des Rahmenprogramms zur Eingliederung der Roma im letzten Jahr wurden zwar einige Fortschritte gemacht. Die Verwaltungskapazität des Nationalen Rates für ethnische und demographische Angelegenheiten zur Durchführung des Programms ist jedoch weiterhin gering. Zudem erschweren die beschränkten finanziel-

len Mittel, die für die Durchführung bereitgestellt wurden, ein effizientes Arbeiten.

Zur Entwicklung einer starken, unabhängigen, leistungsfähigen, effektiven und professionellen Justiz müssen erhebliche Anstrengungen geleistet werden. Die Bekämpfung der Korruption muss intensiviert werden. Gemäß der kurzfristigen Priorität der Beitrittspartnerschaft betreffend die Roma sind noch weitere konkrete Maßnahmen und adäquate finanzielle Mittel erforderlich.« (Siehe Regelmäßiger Bericht der Kommission über Fortschritte Bulgariens auf dem Weg zum Beitritt, November 2000, S. 25.)

Zu Rumänien: »Rumänien erfüllt weiterhin die politischen Kriterien von Kopenhagen. In der Frage der Heimkinder zeigte die Regierung politisches Engagement und erzielte einige Fortschritte: Die Zuständigkeit für die Heime wurde den örtlichen Gebietskörperschaften übertragen, eine nationale Strategie für die Strukturreform wurde angenommen, und die erforderlichen Mittelzuweisungen wurden vorgenommen. Insofern hat Rumänien die prioritären Ziele der Beitrittspartnerschaft von 1999 erreicht. Jedoch wird die Europäische Kommission die Situation weiterhin aufmerksam verfolgen, um zu gewährleisten, daß diese positiven politischen Entwicklungen tatsächlich zu einer umfassenden Reform und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Heimen führen. Die nach wie vor weitverbreitete Diskriminierung der Roma ist sehr besorgniserregend. Die kurzfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft (Ausarbeitung einer nationalen Strategie für die Roma und Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für Minderheitenprogramme) wurden noch nicht umgesetzt. Die Fortschritte beschränken sich bisher auf Programme zur Verbesserung des Zugangs der Roma zum Bildungswesen. Die Funktionsweise der Justiz wurde weiter verbessert, doch muss der Reformprozess im Einklang mit den kurzfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft fortgesetzt und konsolidiert werden. Weiterer Handlungsbedarf besteht bei der Entmilitarisierung der Polizei und anderer dem Innenministerium unterstehender Stellen (eine der mittelfristigen Prioritäten der Beitrittspartnerschaft). Rumänien verfügt über stabile demokratische Institutionen, aber der Prozeß der Entscheidungsfindung bleibt mangelhaft. Trotz einiger begrüßenswerter Initiativen im letzten Jahr erließ die Regierung weiterhin Gesetze häufig mittels Regierungsanordnungen. Die Konsultationen über Gesetzesvorschläge sollten daher erheblich verbessert werden.« (Regelmäßiger Bericht der Kommission über Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, November 2000, S. 28; http://europa.eu.int/comm/enlargement/dwn/report_11_00/pdf/de/ro.pdf)

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
EAPR	Europäisch-Atlantischer Partnerschaftsrat
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
GDP	Gross Domestic Product
KFOR	Kosovo Force
MAP	Membership Action Plan
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PARP	Planning and Review Process
PfP	Partnership for Peace
SFOR	Stabilization Force
UNMIBH	United Nations Mission in Bosnia and Herzegovina
UNMIK	United Nations Interim Administration Mission in Kosovo
UNTAES	United Nations Transitional Administration for Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium